

# Die Hungersnot von 1846/47 in Kurhessen Das Beispiel des oberhessischen Dorfes Josbach

Uwe Schmidt

## 1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Hungersnot von 1846/47 im Kurfürstentum Hessen am Beispiel des oberhessischen Dorfes Josbach. Josbach ist seit 1972 Stadtteil der Stadt Rauschenberg im Landkreis Marburg-Biedenkopf.<sup>1</sup> Der Ort wurde 1197 erstmals urkundlich erwähnt und fiel 1450 zusammen mit den übrigen Gebieten der Grafschaft Ziegenhain, zu der Josbach gehört hatte, zur Landgrafschaft Hessen. Im Zuge der Organisationsreformen von 1821 kam Josbach, das vormals seit 1544 zum Amt Rauschenberg gehört hatte, zum in diesem Jahr neu gegründeten Kreis Kirchhain. Im 15. und 16. Jahrhundert hatte eine Seitenlinie der Adelsfamilie der Riedesel, einem der ältesten und bedeutendsten hessischen Adelsgeschlechtern, seinen Sitz in Josbach. Das Adelsgut der Riedesel und ihrer Nachfolger im Besitz umfasste den größten Grundbesitz im Ort mit den ertragreichsten Böden; noch 1784 gehörte nahezu ein Viertel der Feldgemarkung zu *adelichen(n) Gütern*.<sup>2</sup> 1811 wurde das Josbacher Adelsgut von einer Gruppe Josbacher Bauern gekauft und aufgeteilt.

Die Hungersnot von 1846/47 erfasste in diesem Zeitraum viele Teile Europas und wurde sowohl auf die schlechte Witterung als auch auf das Auftreten einer Pflanzenkrankheit, der Kartoffelfäule, zurückgeführt.<sup>3</sup> Die Krise traf die Regionen jedoch unterschiedlich. Ebenso war es oft auch nicht vorrangig der Ernteausfall, der die Krise auslöste, sondern vielmehr die brisante Kombination aus Ernterückgängen und gesteigertem Getreide- und Kartoffelexport in Gebiete, bei denen z. B. aufgrund noch größerer Ernteausfälle höhere Preise erlöst werden konnten. Dieser gesteigerte Export verknappte die vorhandenen Vorräte und löste z. T. rasante Preissprünge aus.

Die folgenden Analysen sollen Ursache und Verlauf der Hungersnot von 1846/47 im Kreis Kirchhain und insbesondere dem Dorf Josbach näher untersuchen. Hierzu werden die Entwicklung der Preise für Getreide und Kartoffeln in den Krisenmonaten sowie die Aktivitäten des Kirchhainer Kreisamtes näher betrachtet. Zur Einordnung der Befunde für Josbach wird vielfach auch die Situation von Nachbarorten im Kreis Kirchhain (Ernsthausen, Halsdorf, Hatzbach und Wolferode) betrachtet. Darüber hinaus wird auch untersucht, welche Maßnahmen die Verwaltung zur Eindämmung

---

1 Allgemeine Angaben nach Ulrich REULING: Historisches Ortslexikon des Landes Hessen, Heft 3, Marburg 1979.

2 Hessisches Staatsarchiv Marburg (StA MR) Kataster Josbach B 1.

3 Hans-Heinrich BASS: Hungerkrisen in Posen und im Rheinland 1816/17 und 1847, in: Manfred GAILUS, Heinrich VOLKMANN (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770 -1990, Opladen 1994, S. 163.

der Folgen einleitete, ob in Josbach Zusammenhänge zwischen den Preiserhöhungen für Getreide und Kartoffeln und Reaktionen der Bevölkerung in Form von Unruhen oder Auswanderung nachweisbar sind, welche sozialen Determinanten zur Klärung der Frage herangezogen werden können, warum Gemeinden wie Josbach von der Krise des Jahres 1847 besonders betroffen waren, bzw. inwieweit sie zur Verschärfung der Krise beitrugen. Hierzu werden eine Reihe von Aspekten herangezogen, wie soziale Schichtung im Krisenjahr, Besitzgrößenverhältnisse, Berufsstruktur einschließlich deren Entwicklung, gegliedert nach Erwerbsmöglichkeiten in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und im Tagelohn, Verdienstmöglichkeiten der Tagelöhner sowie die demographische Entwicklung. Da bei den sozialen Aspekten vielfach Entwicklungen miteinbezogen werden, die über das Krisenjahr hinausgehen, kann diese Analyse auch Hinweise dazu liefern, inwieweit die Ernährungskrise der Jahre 1846/47 Zäsurcharakter hat.

## 2. Zum Verlauf der Hungersnot

Nachdem bereits die Jahre 1843 und 1845 in Kurhessen von Ernteaufschlägen gekennzeichnet waren, deuteten sich auch für das Jahr 1846 Schwierigkeiten an, wenngleich die Regierung in Marburg im März noch davon überzeugt war, für das Jahr von einer guten Ernte ausgehen zu können.<sup>4</sup> Am 14.8.1846 schließlich wies das kurhessische Innenministerium alle Provinzregierungen an, sich *von den Kreisämtern über das Ergebnis der diesjährigen Getreide- sowie der Kartoffel-Ernte* berichten zu lassen und die Resultate dem Ministerium mitzuteilen. Die vorliegenden Mitteilungen über das Ausmaß der tatsächlichen Ernteaufschläge im Kreis Kirchhain sind zwar nicht ganz einheitlich, weisen jedoch darauf hin, dass beim Roggen, dem wichtigen Brotgetreide, und bei der zweiten Hauptnahrungsquelle, den Kartoffeln, zwar Aufschläge zu verzeichnen waren, der Mangel aber überwiegend auf eine gesteigerte Ausfuhr zurückzuführen sei:

Nach dem Bericht der Regierung in Marburg vom 10.9.1846 betrug der Ernteertrag beim Roggen nur etwa 50% des Mittels. Bei den Kartoffeln sei der Ernteertrag mittelmäßig, ebenso beim Weizen, während die Ernte bei Gerste und Hafer gut sei, sich aber bei Hülsenfrüchten nur auf etwa 1/3 des Mittels belaufe. Die Regierung kam zum Schluss, dass *ein bedeutender Nothstand in der hiesigen Provinz wohl nicht zu befürchten sei*, wenn es gelinge, die *übermäßige Fruchtausfuhr* zu steuern. Im gleichen Sinne hatte sich bereits das Kreisamt Kirchhain in seinem Bericht vom 6.9.1846 an die Marburger Regierung geäußert. Die Aussagen der Regierung zur Ernte werden in ganz anderem Zusammenhang von einem neutralen Beobachter weitgehend bestätigt: Der Ökonom Brennermann aus Wohra, einem Ort in der Nähe von Josbach, stellte in einem Schreiben vom 9.9.1846 an den Kurfürstlichen Landwirtschaftsverein, der seine Mitglieder offensichtlich um Bericht gebeten hat-

<sup>4</sup> Soweit nicht anders gekennzeichnet, beruhen die folgenden Angaben auf StA MR, Bestand 19h Nr. 887, der Vorgänge bis zum 5.1.1847 abdeckt.

te, den Ernteertrag in seiner Gegend wie folgt dar:<sup>5</sup> Roggen: geringer Körnerertrag, so daß nur die Hälfte gegen voriges Jahr angenommen werden kann; Weizen: wird in hiesiger Gegend wenig angebaut – ist gut an Quantität und sehr gut an Qualität; Gerste: die Gerste-Ernte ist im Ganzen eine gute und an wenigen Orten sogar nur ausgezeichnet zu nennen; Hafer: nur mittelmäßig, jedoch an einigen Orten an Körner-Ertrag sehr gut; Hülsenfrüchte: mittelmäßig; Kartoffeln: Die Kartoffel-Ernte wird im Ganzen gut ausfallen, sowohl an Quantität als Qualität, nur an einigen Orten hat man wieder kranke Flecken an denselben wahrgenommen, welches aber keine so schlimmen Folgen wie voriges Jahr haben kann, und es ist deshalb dadurch keine Theuerung zu befürchten. Wie ich aber in Erfahrung gebracht habe, so werden in hiesiger Gegend seit einigen Tagen von fremden Fuhrleuten die Kartoffeln mit hohen Preisen, um ins Ausland gebracht zu werden, aufgekauft, welches, um Theuerung, die dadurch vielleicht entstehen könnte, zu verhüten, streng verboten werden muss.

Das Problem bei den Kartoffeln lag nicht im direkten Ernteausfall, sondern eher in der Kombination einer mittelmäßigen Ernte, gesteigertem Export und einer Fäulnis, die bei den eingekellerten Kartoffeln eintrat und zwar um so stärker, je weniger luftig die Keller waren.<sup>6</sup> Auch die deutlich geringer ausgefallene Ernte beim Roggen hätte wohl zur Ernährung der Bevölkerung ausgereicht. Diese Einschätzung wird in einem Schreiben des Rauschenberger Rentmeisters Plancke vom 5.5.1847 geteilt, das u. a. auch auf den Ernteertrag der Renterei Rauschenberg im Jahr 1846 einging:<sup>7</sup> beim Roggen sei ein Körnerertrag von 50% und bei Kartoffeln ein Ertrag von  $\frac{3}{4}$  bis  $\frac{7}{8}$  zu erwarten. Diese Ernte hätte den Bedarf überstiegen und es wären nicht unbedeutende Quantitäten zum Verkauf in andere Gegenden übrig (geblieben). Wären diese Überschüsse aus dem hiesigen Bezirke und auch aus allen anderen Gegenden Kurhessens im Kurstaate geblieben, dann würde weder ein Mangel noch eine Theuerung entstanden sein.

Am 16.11.1846 berichtete das Kreisamt Kirchhain an die Marburger Regierung, das Verderben der Kartoffeln und den bevorstehenden Nothstand betreffend über die aufgetretene Krankheit bei den eingekellerten Kartoffeln. Allerdings ging das Kreisamt davon aus, dass eine bedenkliche Weiterverbreitung (...) nicht zu befürchten (sei), von Fäulnis bis zur gänzlichen Unbrauchbarkeit der Kartoffeln ist noch wenig wahrgenommen worden. Was dem Kreisamt mehr Sorgen für die nächsten Monate bereitere, war der Zusammenhang zwischen den gestiegenen Preisen für Brotgetreide und der unterdurchschnittlichen Kartoffelernte. Durch die gestiegenen Brotpreise seien die ärmeren Klassen auf Kartoffeln angewiesen, bei denen Preissteigerungen zu befürchten seien, zumal bedeutende Mengen nach Kassel abgegeben worden seien, was die ohnehin geringen Vorräte noch weiter reduziere.

Am 20.11.1846 wies das kurhessische Innenministerium die Provinzregierungen an, die Vorräte an Weizen, Roggen und Kartoffeln erfassen zu lassen und sich außerdem in regelmäßigen Abständen (zunächst alle 14 Tage, später dann alle 8 Tage) von den Kreisämtern

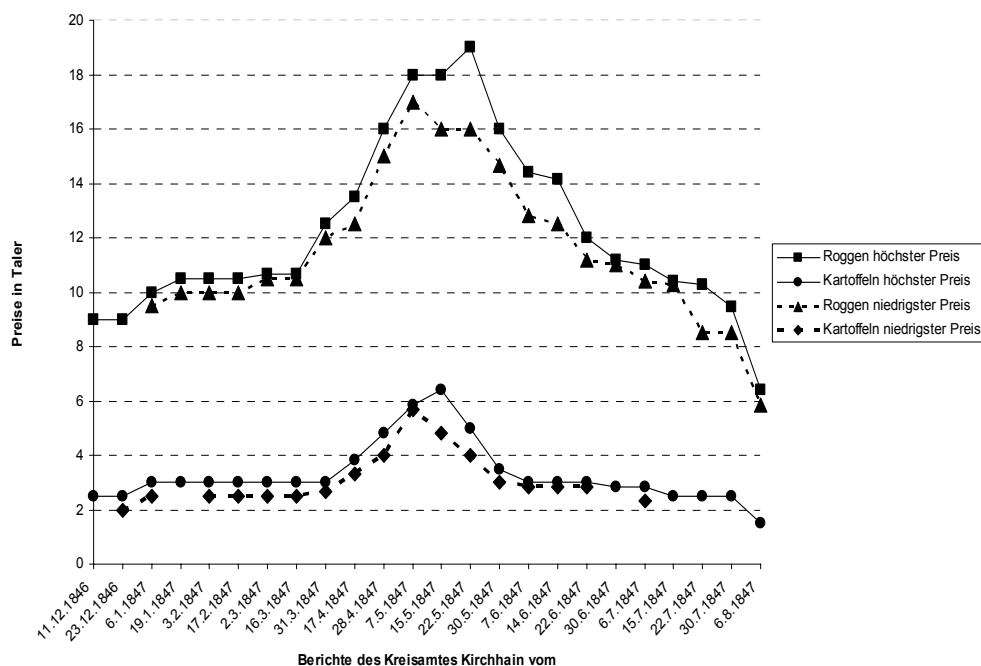
5 StA MR, Bestand 28b Nr. 344.

6 StA MR, Bestand 28b Nr. 343.

7 StA MR, Bestand 19 f Nr. 130.

nach einem vorgegebenen Schema über die Preise von Roggen, Weizen, Hafer, Gerste und Kartoffeln (jeweils Höchst- und Niedrigpreise), die Ausfuhr und über Orte, in den Mangel vorliege, berichten zu lassen. Alle 24 Berichte des Kreisamtes Kirchhain, die den Zeitraum vom 11.12.1846 bis zum 6.8.1847 umfassen, sind überliefert und erlauben detaillierte Einblicke in die Preisentwicklung. Darüber hinaus geben die den Preisübersichten beigefügten Einschätzungen des Kreisamtes tiefere Einblicke in den Ablauf der Krise.

Bei allen fünf Fruchtarten war der Höhepunkt bei Höchst- und Niedrigspreisen im Mai 1847 erreicht. Bis auf die Preise bei Hafer, bei denen auch im August noch nicht der Preisstand des Dezembers 1846 unterschritten werden konnte, erreichten alle anderen Fruchtarten ihren Niedrigststand in Bezug auf die eruierten Höchstpreise im August 1847. Bei den einzelnen Fruchtarten gab es dabei innerhalb weniger Monate gewaltige Preisunterschiede. Vergleicht man die Höchstpreise mit ihren Spitzenwerten in der 2. Maihälfte 1847 mit den Höchstpreisen im Dezember, so erhöhten sich die Preise für Roggen um 10 Taler<sup>8</sup> (+111%), für Weizen ebenfalls um 10 Taler (+100%), für Gerste um 9,5 Taler (+146%), für Hafer um 3,4 Taler (+113%) und für Kartoffeln um 3,9 Taler (+156%). Wegen der Bedeutung von Roggen und Kartoffeln für die Ernährung der Bevölkerung wird nun die Entwicklung hier genauer untersucht:



Entwicklung der Preise von Roggen und Kartoffeln (Höchst- und Niedrigspreise)

8 1 Taler = 30Silbergroschen, 1 Silbergroschen = 12 Heller. Konrad VANJA: Dörflicher Strukturwandel zwischen Überbevölkerung und Auswanderung. Zur Sozialgeschichte des oberhessischen Postortes Halsdorf 1785-1865, Marburg 1978, S. 196.

Beim Roggen blieben die Preise von Dezember 1846 bis Mitte März 1847 relativ stabil, erst ab Mitte März 1847 kam es dann zu einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Preise, die in der Zeit bis zum 22.5.1847 ihren Höhepunkt erreichte: der höchste Preis für Roggen war nun mit 19 Talern mehr als doppelt so hoch wie noch zu Beginn der Aufzeichnungen Mitte Dezember 1846 (9 Taler). Unter den Dezemberstand rutschten die Roggenhöchstpreise erst wieder im August 1847, als die neue Ernte schon eingefahren war. Auch die Entwicklung bei den Roggenniedrigstpreisen verlief ähnlich, hier war der Höhepunkt mit 16 Talern ebenfalls im Mai 1847 erreicht, während zu Beginn des Jahres noch 9,5 Taler für das Kasseler Viertel<sup>9</sup> gezahlt wurden. Mitte Juli lagen dann die Niedrigstpreise wieder unter den Preisen zu Jahresbeginn.

Die Kartoffelpreise erreichten ihren Höchststand mit 6,4 Talern in der zweiten Maiwoche 1847, wobei die Preise seit Anfang April spürbar angezogen hatten. Innerhalb eines Zeitraums von gut 5 Monaten waren die Höchstpreise also um 3,9 Taler oder 156% nach oben geschnellt. Die Dezemberpreise wurden erst im Juli 1847 erreicht und erst zum Zeitpunkt der letzten Preisermittlung im August 1847 unterschritten. Parallel verlief die Entwicklung bei den Niedrigstpreisen für Kartoffeln, die ebenfalls in der zweiten Maiwoche den höchsten Stand hatten.

Aufgrund der Auswirkungen dieser Preisentwicklung wurden die Berichte des Kreisamtes Kirchhain an die Regierung immer dringlicher. Am 6.1.1847 berichtete das Kreisamt, dass zwar die Ausfuhr abgenommen habe, wegen der hohen erlösbaren Preise jedoch noch immer nicht aufgehört habe.<sup>10</sup> Die Gemeinden würden im Hinblick auf die Versorgung der Armen ihre Hoffnung auf die Abgabe verbilligten Getreides setzen. Zur Bildung von Hilfsvereinen sei es nicht in nennenswertem Umfang gekommen, da die betroffenen Gemeinden die hierfür erforderlichen Mittel nicht hätten; auch sei keine ausreichende Hilfe durch die Sammlung freiwilliger Gaben zu erwarten. Im Bericht von 19.1.1847 geht das Kreisamt noch davon aus, dass kein wirklicher Mangel an Getreide und Kartoffeln vorliege. Die Gemeinden seien noch im Stande, ihre Armen zu ernähren. Schwierig werde es aber für alle, die auf Verdienst durch Arbeit angewiesen seien, da Erwerbsmöglichkeiten fehlten und wo diese vorhanden seien, reiche der Verdienst immer weniger, um das teurer werdende Brot zu kaufen. Das Kreisamt hielt die Abgabe verbilligten Getreides aus Dominalbeständen der Rentereien für unumgänglich. Hierzu ließ es die Rentereien Amöneburg und Rauschenberg zu den disponiblen Vorräten an Roggen und Gerste berichten, um diese betroffenen Gemeinden zur Verfügung stellen zu können. Die Renterei Rauschenberg verfügte danach noch an Vorräten in Kasseler Viertel: Roggen 184, Hafer 314 und Gerste 32. Im Bericht des Kreisamtes Kirchhain vom 9.2.1847 wurden darüber hinaus 16 Orte (von insgesamt 43 Städten und Gemeinden im Kreis) benannt, die der *Hilfe vorzugsweise bedürftig waren*, darunter auch drei Nachbarorte von Josbach: Wolferode, Wohra und Halsdorf. Das kurhessische Fi-

9 Dieses Getreidemaß umfasste 160,732 Liter, 16 Metzen sind ein Viertel. Ludwig ZIMMERMANN: Der ökonomische Staat Landgraf Wilhelms IV. Erster Band: Der hessische Territorialstaat im Jahrhundert der Reformation (VHKH 17,1), Marburg 1933, S. 512.

10 StA MR, Bestand 19 h Nr. 985, soweit nicht anders vermerkt, beruhen die Ausführungen auf diesem Bestand.

nanzministerium stimmte dem Vorschlag des Kreisamtes zu, aus den Dominalbeständen u. a. 150 Kasseler Viertel Roggen zu einem Preis von 8 Talern das Kasseler Viertel abzugeben (Protokollauszug des Finanzministeriums vom 1.2.1847). Dieser Preis lag gut 2 Taler oder 20% unter den Anfang Februar 1847 verzeichneten Roggenpreisen. Alle Gemeinden machten dabei von der Möglichkeit Gebrauch, diese Käufe auf Basis eines Kredits zu erledigen, der erst nach der nächsten Ernte im September zurückzuzahlen war.

Anhaltend ungünstige Witterung trug dazu bei, dass sich die Notlage vergrößerte (Bericht vom 17.2.1847). Im Bericht vom 2.3.1847 beklagte das Kreisamt, dass die *fortwährende Verdienstlosigkeit unter der Arbeiterklasse (...) immer fühlbarer* (werde) und setzte seine Hoffnung auf Eisenbahn- und Wegebau, um Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Außerdem hatte sich der Kreis der unterstützungsbedürftigen Gemeinden erhöht. *Auch die ärmeren Bewohner der Gemeinden Hatzbach, Ernsthäusen, Speckswinkel und Großseelheim* baten um Unterstützung, die ihnen auch gewährt wurde. Zwei Wochen später teilte das Kreisamt mit, dass anstelle Speckswinkel nun Josbach verbilligtes Brotgetreide erhalten solle, *als nach unmittelbarsten geschehenen Ermittlungen vorzugsweise vor jener wegen der größeren Zahl ihrer ärmeren Einwohner der Unterstützung bedürftig*. Im Bericht des Kreisamtes vom 15.3.1847 zur Bildung von *Hilfsvereinen zur Milderung des dermaligen Nothstandes* wird die Lage für alle, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, als schwierig bezeichnet. Der Notstand drohe besorgniserregende Ausmaße anzunehmen. Da es noch 4 ½ Monate bis zur Ernte seien, könne dieser Notstand nur *durch beträchtliche Opfer seitens des Staates abgewendet werden*.

Wie groß die Notlage war, hatte die Bestandsaufnahme der Vorräte Ende Februar 1847 gezeigt. Am 28.2.1847 berichtete das Kreisamt Kirchhain zu den vorhandenen Vorräten in den Gemeinden und dem Bedarf an Saatgetreide und -kartoffeln. Josbach hatte danach folgenden Bedarf in Kasseler Vierteln zur Aussaat bzw. zum Pflanzen im nächsten Frühjahr: Gerste 81, Hafer 244 und Kartoffeln 757. Der Gemeinde fehlten nach der Aufstellung 100 Kasseler Viertel, wobei nicht näher nach den Fruchtarten unterschieden wurde. Beim benötigten Saatgetreide setzte man seitens der Gemeinde Josbach auf die Zuteilung verbilligten Getreides aus Dominalbeständen, die fehlenden Saatkartoffeln hoffte man mit Unterstützung aus der Staatskasse ankaufen zu können. Auch in den Nachbargemeinden fehlte es an Pflanzkartoffeln und Saatgetreide. Im ganzen Kreis Kirchhain fehlten insgesamt 4.206 Kasseler Viertel an Saatgetreide und -kartoffeln.

Nach der getrennt vorgenommenen Auflistung der zum Verbrauch bestimmten Vorräte verfügte Josbach zu diesem Zeitpunkt noch über folgende Mengen (jeweils in Kasseler Vierteln): Weizen 10, Roggen 158, Gerste 66, Hafer 247 und Kartoffeln 802. Von den Nachbargemeinden hatte nur Halsdorf größere Roggenvorräte; die Vorräte der anderen Nachbarorte waren geringer, besonders in Wolferode, das nur noch über 60 Kasseler Viertel Roggen verfügte. Bei den Kartoffeln ergab sich ein anderes Bild: keine der Nachbarorte hatte annähernd so viel Kartoffelvorräte wie Josbach; auch hier bildete Wolferode mit 259 Kasseler Vierteln mit Abstand das Schlusslicht. Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt im Kreis Kirchhain noch folgende Vorräte vorhanden (jeweils in Kasseler Vierteln): Weizen 1.835, Roggen

7.438, Gerste 7.939, Hafer 11.271 und Kartoffeln 28.606. Berechnet man nun unter Verwendung der Bevölkerungszahlen vom März 1847<sup>11</sup> Pro-Kopf-Vorräte, so ergibt sich ein anderes Bild:

Ermittlung der Roggen- und Kartoffelvorräte am 28.2.1847 <sup>12</sup>							
	Einwohner	Roggenvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Roggenvorrat in		Kartoffelvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Kartoffelvorrat in	
			Kasseler Vierteln	Litern		Kasseler Vierteln	Litern
<b>Kreis</b>	26540	7438	0,280	45,05	28606	1,078	173,24
<b>Josbach</b>	581	158	0,272	43,71	802	1,380	221,87
<b>Ernsthausen</b>	472	133	0,282	45,29	571	1,210	194,44
<b>Halsdorf</b>	657	188	0,286	45,99	490	0,746	119,88
<b>Hatzbach</b>	443	123	0,278	44,63	641	1,447	232,57
<b>Wolferode</b>	384	60	0,156	25,11	259	0,674	108,41

Bei den Roggenvorräten lag Josbach unter dem Kreisdurchschnitt, von den Nachbarorten hatte nur Wolferode geringere Vorräte. Hierbei ist zu bedenken, dass die ermittelten Vorräte für die Zeit bis zur nächsten Ernte, also noch gut 5 Monate, reichen mussten. Bei aller Gefahr von Durchschnittsrechnungen, die sowohl die Besitz- und Vorratsdifferenzierung im Dorf als auch Ausmaß und Bedeutung von Ausführprozessen außer Acht lassen müssen, ergibt jedoch eine überschlägige Rechnung, den Monat zu 30 Tagen gerechnet, somit pro Kopf und Tag nur gut 0,29 Liter bis zur nächsten Ernte. Bei den Kartoffeln sah die Lage in Josbach dagegen günstiger aus: Hier wies Josbach einen wesentlich höheren Pro-Kopf-Vorrat als der Kreisdurchschnitt auf; von den Nachbarorten lag nur Hatzbach höher, äußerst prekär war dagegen die Vorratslage in Wolferode.

Im Laufe des Monats März verschlechterte sich dann die Lage weiter. Obwohl die Vorratsermittlung die Schwierigkeiten deutlich gemacht hatten, bis zur nächsten Ernte durchzuhalten, nahm die Ausfuhr, insbesondere in die preußische Rheinprovinz weiter zu.<sup>13</sup> In seinem Bericht deutete das Kreisamt auch an, wie seiner Auffassung nach der Krise am ehesten begegnet werden könne. Es heißt: *Dadurch, daß die Eisenbahnarbeiten (...) im hiesigen Kreise begonnen haben und bereits eine nicht unbedeutende Zahl Beschäftigung und Verdienst findet, ist der ärmeren Classe teilweise schon geholfen worden und wird diese Wohlthat noch allgemein (erhöht) werden, wenn, was in Kürze zu erwarten, die Zahl der Arbeiter noch bedeutend vermehrt wird.* Die Rede ist hier von den Bauarbeiten zur Main-Weser-Bahn, einem der beiden großen Eisenbahnprojekte im Kurstaate, die 1847 begannen. Ende 1850 war die Strecke auf kurhessischem Gebiet fertig gestellt und 1852 schließlich konnte der

11 StA MR, Bestand 19h Nr. 988.

12 StA MR, Bestand 19h Nr. 985.

13 Bericht des Kreisamtes Kirchhain vom 31.3.1847, StA MR, Bestand 19h Nr. 888, soweit nichts anderes vermerkt, beruhen die Ausführungen auf diesem Bestand.

Verkehr auf der gesamten Strecke zwischen Kassel über Marburg und Gießen nach Frankfurt eröffnet werden.<sup>14</sup> Die Kehrseite der anlaufenden Eisenbahnarbeiten war eine weitere Angebotsverknappung und eine Preiserhöhung beim Brotgetreide durch den höheren Verbrauch der zur Arbeit herangezogenen Menschen, die nicht alle aus dem Kreis Kirchhain stammten, sondern mit Sicherheit auch aus Orten des angrenzenden Großherzogtums Hessen-Darmstadt. Deshalb gestand das Innenministerium dem Kreisamt Kirchhain dann auch zu, *die auf den Rentereiböden zu Rauschenberg, Amöneburg und Neustadt lagernden Gerste-Quantitäten zur Aussaat gegen baare Zahlung oder auf Kredit gegen gehörige Bürgschaft seitens der betreffenden Gemeinden, sowie die Korn- und Erbsen-Quantitäten zum Verbacken für die Eisenbahn-Arbeiter im dortigen Kreise, nach Bedarf und gegen Baarzahlung des Ankaufspreises mit Zurechnung der Transportkosten abgeben zu lassen.* (Protokollauszug vom 14.4.1847).

In seiner Preismeldung vom 17.4.1847 gibt das Kreisamt an, dass *der Mangel an Brotfrüchten und Kartoffeln* immer fühlbarer werde, man spreche von übermäßiger Teuerung. In der Übersicht der 15 Gemeinden des Kreises, die Unterstützung durch verbilligtes Getreide aus Dominalbeständen benötigen, taucht Josbach, das einen Monat noch unterstützt worden war, nicht mehr auf. Zu den unterstützungsbedürftigen Gemeinden gehörten aber alle Nachbargemeinden von Josbach. Diese Vorgehensweise überrascht vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Ende Februar vorgenommenen Vorratsermittlung. Während eine Unterstützung von Wolferode außer Frage stand, ist diese bei Gemeinden, die hinsichtlich des Pro-Kopf-Vorrates an Roggen z. T. wesentlich besser als Josbach gestellt waren, z. B. unter folgenden Voraussetzungen erklärbar: Offensichtlich spielte bei der Entscheidung über die Unterstützung weniger das insgesamt im Ort vorrätige Brotgetreide eine Rolle, das sich ja unter Umständen ganz oder zum großen Teil in den Händen weniger und ggf. auch nicht abgabebereiter Bauern befinden konnte, sondern vielmehr die Anzahl der Familien, die keine Vorräte mehr hatten und sich aufgrund der gestiegenen Preise auch kein Brotgetreide mehr leisten konnten.

14 Tage später wird der Ton des Kreisamtes erneut dringlicher. Der Mangel an Brotgetreide sei nun in vielen Gemeinden fühlbar, nur wenige Gemeinden hätten noch Vorräte. Im Bericht vom 28.4.1847 heißt es: *Der Nothstand steigt mit jedem Tage zu einer bedenklichen Höhe und es wird das Kreisamt immer mehr mit den dringendsten Gesuchen um Unterstützung mit Brodfrucht bestürmt. Die geringeren Bauern haben keine Brodfrucht mehr, können auch zu den jetzigen Preisen solche nicht kaufen, eben sowenig die vielen (...) verdienstlosen Handwerker und die große Zahl von Menschen, welche zu Eisenbahnarbeiten nicht (herangezogen) wurden und einen ausreichenden Verdienst eben wegen des Nothstandes nicht finden können. Es ist dringenst nothwendig, daß Abhülfe durch eine genügende Abgabe von Brodfrucht Seitens des Staates bei der wirklichen im hohen Grade eingetretenen Noth auf das schleunigste stattfindet, da sonst (...) gewaltsame Eingriffe in das private Eigentum nicht abzuwenden sind.* Die Krise hatte also aus Sicht des Kreisam-

14 Ulrich MÖKER: Nordhessen im Zeitalter der Industriellen Revolution, Köln 1977, S. 52.



tes, das noch zwei Monate vorher das Eintreten eines Notstandes geleugnet hatte,<sup>15</sup> nun bedrohliche Ausmaße angenommen, die durchaus zu Protestunruhen und Eigentumsübergriffen (Stürmen von Getreidevorratslagern oder Bäckereien), wie sie z. B. in Preußen bereits stattfanden, hätten führen können. Solche sind aber für den Kreis Kirchhain nicht überliefert. In die Übersicht der unterstützungsbedürftigen Gemeinden wurde nun neben den Städten Amöneburg und Schweinsberg und den Gemeinden Emsdorf und Schwabendorf auch wieder Josbach aufgenommen und zwar mit einem Bedarf von 10 Kasseler Viertel Roggen.

Am 3.5.1847 stellte das Kreisamt Kirchhain erneut die Vorräte an Roggen und Kartoffeln im Kreis zusammen, wie sie von den Ortsvorständen am 28. und 29.4.1847 aufgenommen worden waren. Die Aufstellung passt zur o. a. Deutung zur Einschätzung des Unterstützungsbedarfes einer Gemeinde durch das Kreisamt, denn die Pro-Kopf-Vorratslage war in Josbach sowohl beim Roggen als auch bei den Kartoffeln besser als der Kreisschnitt: beim Roggen verfügte man über 13,4% mehr und bei den Kartoffeln sogar um über 50% mehr.

Ermittlung der Roggen- und Kartoffelvorräte zum 28. und 29.4.1847							
	Einwohner	Roggenvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Roggenvorrat in Kasseler Vierteln	in Litern	Kartoffelvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Kartoffelvorrat in Kasseler Vierteln	in Litern
<b>Kreis</b>	26540	4350	0,164	26,34	16773	0,632	101,58
<b>Josbach</b>	581	108	0,186	29,88	551	0,948	152,43
<b>Ernsthausen</b>	472	78	0,165	26,56	325	0,688	110,67
<b>Halsdorf</b>	657	92	0,140	22,51	534	0,813	130,64
<b>Hatzbach</b>	443	69	0,156	25,04	346	0,781	125,54
<b>Wolferode</b>	384	30	0,078	12,56	223	0,581	93,34

Unter Berücksichtigung der Zuteilung von 10 Kasseler Vierteln Roggen sind somit in Josbach unter der Voraussetzung, dass ansonsten keine weitere Roggenzufuhr stattgefunden hat, im Zeitraum zwischen Ende Februar und Ende April 1847 an Roggen insgesamt rund 60 Kasseler Viertel oder 9643,92 Liter verbraucht worden. Dies entspricht mit durchschnittlich 0,3 Liter pro Person und Tag (unter Berechnung von 60 Verbrauchstagen) den o. a. errechneten Werten. Diese Werte werden durch die Berechnung des kurhessischen Innenministeriums bestätigt. Dieses hatte auf der Grundlage der von den Provinzregierungen gemeldeten Vorräte für den Kreis Kirchhain einen durchschnittlichen täglichen Pro-Kopf-Verbrauch in den Monaten März und April 1847 von rund 0,3 Litern an Roggen und 1,2 Litern an Kartoffeln ermittelt.<sup>16</sup> Es war angesichts dieser Entwicklung nicht verwunderlich, dass das Kreisamt in seinem Bericht vom 7.5.1847 wachsenden Notstand meldete, so dass die *Masse*

15 Bericht des Kreisamtes Kirchhain vom 21.2.1847, StA MR, Bestand 19h Nr. 988.

16 StA MR, Bestand 19h Nr. 888, Protokollauszug vom 5.5.1847.

der ärmeren Klassen den Lebensbedarf nicht mehr erschwingen könne. Man befand sich nun in dem Monat, in dem die Preise bei Roggen, Gerste, Hafer, Weizen und Kartoffeln ihre Höhepunkte erreichten. Erst zum Ende des Monats zeichnete sich ein allmähliches, die Situation zunehmend entspannendes Sinken der Getreidepreise ab. In den Berichten der Monate Juni- August ist dementsprechend von einer ständig abnehmenden Notlage die Rede.<sup>17</sup> Am 5.6.1847 berichtete das Kreisamt Kirchhain zu der Vorratslage, diesmal wurden aber nur die Roggenvorräte erfasst:

<b>Vorratsermittlung zum 1.6.1847</b>				
	Einwohner	Roggenvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Roggenvorrat in Kasseler Vierteln	in Litern
<b>Kreis</b>	26540	2822	0,106	17,09
<b>Josbach</b>	581	71	0,122	19,64
<b>Ernsthausen</b>	472	64	0,136	21,79
<b>Halsdorf</b>	657	56	0,085	13,70
<b>Hatzbach</b>	443	44	0,099	15,96
<b>Wolferode</b>	384	18	0,047	7,53

Nach wie vor verfügte somit Josbach über im Vergleich zum Kreisschnitt höhere Roggenvorräte, 30 der 43 Gemeinden und Städte des Kreises hatten in der Gesamtmenge geringere Vorräte. Auch der Bericht des Kreisamtes vom 5.7.1847 auf der Basis der von den Ortsvorständen am 1.7.1847 aufgenommenen Vorräte kam zu diesem Ergebnis:

<b>Vorratsermittlung zum 1.7.1847</b>				
	Einwohner	Roggenvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Roggen-vorrat in Kasseler Vierteln	in Litern
<b>Kreis</b>	26540	1679	0,063	10,17
<b>Josbach</b>	581	48	0,083	13,28
<b>Ernsthausen</b>	472	42	0,089	14,30
<b>Halsdorf</b>	657	24	0,037	5,87
<b>Hatzbach</b>	443	21	0,047	7,62
<b>Wolferode</b>	384	9	0,023	3,77

Abgerundet wird die Reihe der Vorratsermittlungen mit dem Bericht des Kreisamtes Kirchhain vom 3.8.1847. Kurz vor oder bereits zu Beginn der Getreideernte des Jahres 1847 hatten nun 19 der 43 Städte und Gemeinden des Kreises überhaupt keine Vorräte mehr, darunter auch der Josbacher Nachbarort Wolferode. Von den 24 Städten und Gemeinden, die noch über Roggenvorräte verfügten, hatten 15 weniger als Josbach. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

<sup>17</sup> StA MR, Bestand 19h Nr. 889 (Berichte bis zum 22.7.1847), Bestand 19h Nr. 361 (Berichte vom 30.7 und 6.8.1847).

<b>Vorratsermittlung zum 1.8.1847</b>				
	Einwohner	Roggenvorräte in Kasseler Vierteln	Pro-Kopf-Roggenvorrat in Kasseler Vierteln	In Litern
<b>Kreis</b>	26540	324	0,012	1,962
<b>Josbach</b>	581	13	0,022	3,596
<b>Ernsthausen</b>	472	1	0,002	0,341
<b>Halsdorf</b>	657	4	0,006	0,979
<b>Hatzbach</b>	443	5	0,011	1,814
<b>Wolferode</b>	384	0	0,000	0,000

Nach Einbringung der Getreideernte des Jahres 1847 stellte das Kreisamt Kirchhain am 7.9.1847 eine Übersicht zu den Ernteerträgen in den Gemeinden des Kreises auf.<sup>18</sup> Die Ernte des Jahres 1847 fiel insgesamt wesentlich günstiger aus als die des Vorjahres und trug maßgeblich zur Entspannung der Situation bei.

Betrachtet man das gesamte Kreisgebiet, so war die Anbaufläche für Roggen am größten, gefolgt von Hafer, Gerste, Kartoffeln und Weizen. Auch in Josbach nahm der Roggenanbau die größte Fläche ein, gefolgt von Hafer und Kartoffeln. Die aus den Vorratsermittlungen der abgelaufenen Monate hervorgegangene relativ gute Ausstattung Josbachs mit Kartoffeln im Vergleich zum Kreisdurchschnitt und zu den Nachbargemeinden ergibt sich daraus, dass in Josbach zum einen die Anbaufläche für Kartoffeln ungewöhnlich groß war und zum anderen offensichtlich für den Kartoffelanbau besonders günstige Lagen ausgewählt wurden, da der Ertrag je Kasseler Acker hier deutlich über dem Kreisdurchschnitt lag und von keiner Nachbargemeinde übertroffen wurde. Ebenso lag Josbach beim Weizenertrag je Kasseler Acker über dem Kreisdurchschnitt. Unter diesem befand man sich allerdings bei den übrigen drei Getreidearten, insbesondere beim Roggen, was Josbachs Roggenmangel in der zurückliegenden Krise erklären kann. Auch bei der Ernte 1847 traten wieder Erkrankungen bei den Kartoffeln auf: in der Kreissumme wiesen 6,8% der geernteten Kartoffel Krankheitsschäden auf. Josbach war hiervon nicht betroffen.

Vergleicht man nun noch auf der Grundlage des Berichtes des Kreisamts Kirchhain vom 13.11.1847 zum Bedarf an Saatfrucht und –kartoffeln für Herbst 1847 und Frühjahr 1848<sup>19</sup> diesen Bedarf mit den Ernteerträgen 1847, weist dies auf die geringe Ertragskraft des bewirtschafteten Lands hinsichtlich des verwendeten Saatgutes hin. So lag das Verhältnis Saatfrucht zum Ernteertrag beim Roggen im Kreisdurchschnitt bei rund 13,8%, d.h. um 100 Kasseler Viertel ernten zu können, mussten fast 14 Kasseler Viertel gesät werden. Die Werte bei den einzelnen Nachbargemeinden schwanken dabei zwischen 12,13% in Hatzbach und 18,06% in Wolferode. Besonders groß sind die Schwankungsbreiten bei Weizen und Gerste. Josbach lag bei allen Getreidesorten über dem Kreisschnitt, d.h. es musste hier verhältnismäßig mehr angesät werden, um zu gleichen Ernteerträgen zu gelangen. Günstiger als im Kreisschnitt lag man bei den Kartoffeln, was wiederum die o. a. Feststellungen unterstützt. Die Ge-

18 StA MR, Bestand 19h Nr. 986.

19 Ebd.

markung der Gemeinde Wolferode war dagegen wohl eher von ertragsschwächeren Böden dominiert: bei allen Ertragswerten lag man hier z. T. sehr deutlich über dem Kreisschnitt.

Mit der guten Ernte des Jahres 1847 konnte die akute Krisensituation im Kurstaat überwunden werden, obwohl insbesondere die unteren Schichten noch lange an den Folgen der Not leiden sollten. Die Entscheidung des kurhessischen Innenministeriums vom 30.11.1847,<sup>20</sup> die Beschränkungen für den Getreidehandel vollständig aufzuheben, markierte schließlich das offizielle Ende der Krisenzeit.

Bereits auf dem Höhepunkt der Krise, im Frühjahr 1847, hatte die Regierung um Vorschläge gebeten, auf welche Weise sich die Wiederholung eines solchen Notstands verhindern ließe. Das Kreisamt Kirchhain schloss sich in seinem Schreiben an die Marburger Regierung vom 11.5.1847 einem Gutachten des Rauschenberger Rentmeisters Plancke vom 5.5.1847 an.<sup>21</sup> Dieser schlug darin nicht nur Mittel zur Verhinderung ähnlicher Situationen vor, sondern analysiert auch die Ursachen der Krise:

Wie bereits erwähnt, hätte seiner Auffassung nach die Ernte des Jahres 1846 durchaus zur Bedarfsdeckung der einheimischen Bevölkerung ausgereicht, wenn nicht schon kurz nach der Ernte Getreideausfuhr in größerer Menge stattgefunden hätte. Im Grunde machte er darüber hinaus aber auch die geänderten wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Krise mitverantwortlich. Während vor der Ablösung der Zehnten und anderen Fruchtgefälle die Fruchteinnahmen zum großen Teil in den Rentereilagerstätten bevorratet worden seien und so im Notfall zur Verteilung zur Verfügung gestanden hätten, würden jetzt dort nur noch geringe Mengen gelagert. Damit sei die früher markt- und damit auch preisbeherrschende Stellung des Staates weitgehend entfallen. Nunmehr würden die Preise, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgend, auf dem Markt gebildet *nicht allein zum großen Drucke der geringeren Klasse, sondern aller derjenigen, die ihr Brod kaufen müssen*. Durch diese Marktabhängigkeit könnten selbst mittelmäßige Ernten in Kurhessen schon Krisen auslösen, wenn durch ungünstigere Ernteergebnisse im Ausland dort die Preise anzögen und nun das überschüssige Getreide zu diesen höheren Preisen dorthin verkauft werde. Deshalb war es aus Sicht des Rentmeisters Plancke dringend erforderlich, dass der Staat wieder gut gefüllte Vorratslager anlege, *um der Wiederkehr eines Nothstandes, wie solcher dermalen hinsichtlich der Theuerung der Früchte und Kartoffeln besteht, vorzubeugen*. Er spricht hier von einer Größenordnung von 30.000 Kasseler Vierteln, die möglichst kurz nach der Ernte erworben werden sollten, in dem den Steuerpflichtigen wieder gestattet werden sollte, *guten Roggen im Marktpreise an Zahlungsstatt zu liefern*. Bei geringeren Ernten sollten zusätzliche Mengen dann gegen Barzahlung erworben werden. *Geschieht letzteres in der Weise, daß die Ackerbautreibenden ihre Überschüsse zur Zeit, wo sie Geld bedürfen, in gangbaren bestimmten Preisen am Hauptorte ihres Bezirkes absetzen können, dann dürfte wohl anzunehmen sein, daß dem größten Theil der Produzenten, denjenigen besonders, deren Vermögensumstände es nicht gestatten, günstigere Conjuncturen abzuwarten – eine Gelegenheit, in dieser Art Frucht versilbern zu können, willkom-*

20 StA MR, Bestand 19f Nr. 130.

21 Ebd.

*men sein wird.* Schließlich empfiehlt Plancke bei geringen Ernten das Branntweimbrennen einzuschränken, was ja auch bereits im Krisenjahr erfolgt war.

### 3. Aktivitäten der Regierung zur Linderung des Notstandes

Eine der auffallenden Maßnahmen der Regierung bei der Bekämpfung des Notstandes war, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, die Sammlung von einer Vielzahl detaillierter Informationen: Die Kreisämter hatten in regelmäßigen Abständen u. a. über Höchst- und Niedrigstpreise von Getreide und Kartoffeln, Gemeinden, in denen Mangel an Getreide und Kartoffeln herrschte und bestehende Vorräte zu berichten. Ein Zweck dieser Informationssammlung war sicherlich das Bemühen der Regierung, Missstände und Brennpunkte besonderen Elends frühzeitig erkennen zu können. Dies gab der Regierung die Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen, bevor sich hieraus ggf. entwickelnde Proteste zu einem den ganzen Kurstaat erfassenden Flächenbrand ausdehnen konnten. Weitere wichtige Säule im Rahmen der amtlichen Notstandsmaßnahmen waren die Versuche, die Ausfuhr von Getreide und Kartoffeln möglichst zu unterbinden. Diese Ausfuhrverbote blieben aber in ihrer Wirksamkeit begrenzt, z. T. auch weil sie zeitlich relativ spät einsetzten. Neben Ausfuhrverboten ist darüber hinaus vor allem noch der Versuch der Regierung zu erwähnen, die Schmälerung der ohnehin geringen Kartoffelernte durch das Brennen von Branntwein zu verhindern. Deshalb wurde auch seit 1.3.1847 bis zur Ernte der Betrieb von Branntwein-Brennereien ganz untersagt.<sup>22</sup> Wirksamer weil in der Regel zeitnaher erfolgend war jedoch die Genehmigung zum Verkauf verbilligten Brotgetreides aus Staatsbeständen an Gemeinden, die ihre Bedürftigkeit nachgewiesen hatten. Wie gezeigt werden konnte, wurde das Getreide dabei deutlich unter Marktpreisen abgegeben, zudem wurde den entsprechenden Gemeinden Kredit eingeräumt und unter Umständen sogar Geld zum Getreideankauf bzw. zum Ankauf von Saatgetreide und -kartoffeln gewährt. Daneben spielte in den Berichten der Kreisämter auch immer wieder die Suche nach Erwerbsmöglichkeiten für die unteren Klassen eine Rolle. Die im Krisenjahr 1847 begonnenen Bauarbeiten für die Main-Weser-Bahn sind zu erwähnen. Die hierdurch geschaffenen Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten trugen z. T. zur Entschärfung der Krise bei.

### 4. Soziale Verhältnisse in Josbach

Zur Klärung der Betroffenheit von Gemeinden wie Josbach von der Krise des Jahres 1847 werden die sozialen Verhältnisse des Ortes näher beleuchtet. Aus dem Krisenjahr selbst liegen dabei wichtige Informationen wie beispielsweise zur Berufsstruktur und zur Besitzverteilung nicht vor. Die folgende Analyse erschließt deshalb neben weiteren Unterlagen vor allem drei Quellen: die Kataster- und Steuerunterlagen aus den Jahren 1783/84<sup>23</sup>, die ausführliche Ortsbeschreibung von 1858<sup>24</sup> und die Urmaterialien der

22 StA MR, Bestand 19h Nr. 985.

23 StA MR, Bestand 49d Kirchhain Nr. 111 und StA MR Kataster Josbach B 1.

Volkszählung von 1867.<sup>25</sup> Vor allem auf der Grundlage dieser Quellen wird versucht, den dörflichen Strukturwandel aufzuzeigen, der sich unter den Rahmenentwicklungen Bevölkerungsexplosion und Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten einer unterentwickelten agrarisch-gewerblichen Gesellschaft vollzog. Begonnen wird aber mit einer Situationsdarstellung aus dem Frühjahr 1847.

#### 4.1 Soziale Situation im Frühjahr 1847

Am 12.2.1847 berichtete die Weserzeitung über den allgemeinen Notstand in Kurhessen. Sie führte dabei polemisch aus, dass in Kurhessen schon diejenigen Gemeinden als wohlhabend angesehen würden, in denen nur ein Drittel der Bewohner Anspruch auf Armenunterstützung habe. Die Lage in Kurhessen sei so schlecht, dass in manchen Gemeinden 2/3 der Einwohner Anspruch auf Unterstützung hätten, wobei unter dem verbleibenden Drittel die Mehrzahl selbst nur ihr notdürftigstes Auskommen hätte und nur wenige zur Armenunterstützung herangezogen werden könnten.<sup>26</sup> Den hieraus resultierenden Aktivitäten der kurhessischen Regierung ist es zu verdanken, dass eine Fülle von Informationen zu den sozialen Verhältnissen speziell auch für den Kreis Kirchhain und seine Städte und Gemeinden vorliegen. Die Nachrichten veranlassten das kurhessische Innenministerium zunächst, die Provinzregierungen zu Berichten aufzufordern, ob in Gemeinden ihres Bezirkes und in welchen die von der Zeitung angegebenen Zustände vorhanden seien (Protokollauszug vom 13.2.1847). Bereits vom 21.2.1847 datiert der Bericht des Kreisamtes Kirchhain, das in recht allgemeiner Form die der Zeitungsmittelung zugrunde liegenden Informationen schlicht als wahrheitswidrig abtat. Zwar fehle es nicht an armen Gemeinden; die Zahl der Einwohner, die so arm seien, dass sie auf Unterstützung Anspruch hätten, sei aber verhältnismäßig unbedeutend und übersteige die Kraft der Gemeinden nicht. *Wer arbeiten kann, hat sich auch noch ernähren können und keinen Anspruch auf Unterstützung.* Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zu den o. a. Preismeldungen des Kreisamtes. Dort wurde auf die kritische Lage insbesondere der unteren Schichten wegen deren unzureichenden Erwerbsmöglichkeiten hingewiesen, außerdem bedurften ja zu diesem Zeitpunkt schon 16 der 43 Städte und Gemeinden des Kreises Hilfe in Form von Abgabe verbilligten Brotgetreides. Der Bericht des Kreisamtes wurde von der Marburger Regierung als unzureichend zurückgewiesen und eine Übersicht aller Gemeinden verlangt, die Auskunft zum Verhältnis der Unterstützungsbedürftigen an der Gesamteinwohnerschaft gab. Diesen Bericht lieferte das Kreisamt Kirchhain am 13.3.1847: In Josbach betrug die Zahl der *wirklichen Ortsarmen und Unterstützungsbedürftigen* 23 Personen bei einer Einwohnerzahl von 581; dies entspricht einem Anteil von ca. 3,96%. Josbach lag damit geringfügig unter dem Kreisdurchschnitt von 4,17%. An den gemeldeten Zahlen der Gemeinden bestehen jedoch erhebliche Zweifel. So hatte das Kreisamt Kirchhain

24 StA MR H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.

25 StA MR, Bestand 180 Kirchhain Nrn. 2003-2010.

26 Die folgenden Ausführungen basieren, soweit nichts anderes angegeben, auf StA MR, Bestand 19 h Nr. 988.

kurz zuvor in seinen Berichten zu den Preismeldungen vom 9.2. und 2.3.1847<sup>27</sup> insgesamt 20 hilfsbedürftige Gemeinden benannt, von denen man hätte annehmen müssen, dass sich ihre Hilfsbedürftigkeit auch in der Zahl ihrer unterstützungsbedürftigen Ortsarmen widerspiegeln müsse. Dem war aber nicht so: von den 20 Gemeinden lagen 15 z. T. deutlich unter dem Kreisschnitt. Unterstützt durch verbilligtes Getreide wurde dabei auch die Gemeinde Schwabendorf, obwohl sie keine Ortsarmen gemeldet hatte.

Da auch dieser Bericht den Anforderungen der Marburger Regierung nicht genügte, machte sie das vom Kreisamt Marburg gewählte Berichtsschema auch für die anderen Kreise verbindlich. Danach waren nun neben der Gesamtzahl der *Familienhäupter*, die Anzahl der *Familienhäupter* anzugeben, die *auf Armenunterstützung Anspruch machen, welche mehr als ihr nothdürftiges Auskommen haben und zur Armenunterstützung herangezogen werden können* und solchen, die *nur ihr nothdürftiges Auskommen haben*. Die auf der Basis dieser von den Gemeinden gemeldeten Zahlen, die das Kreisamt Kirchhain am 19.4.1847 an die Marburger Regierung weitergab, liefern ein differenzierteres Bild der Lage: Für Josbach stellte sich danach die Lage besser dar als im Kreisdurchschnitt und bis auf Hatzbach auch aller Nachbarorte: 18 von 107 Familien hatten Anspruch auf Armenunterstützung (ca. 17% der Familien), während es im Kreisdurchschnitt ca. 29% waren. Auf 32 Familien (ca. 30%) ruhte das gesamte gemeindliche Unterstützungswesen, im Kreisdurchschnitt betrug der Anteil nur rund 19%. Die Mittelgruppe derer, die *nur ihr nothdürftiges Auskommen haben*, umfasste in Josbach 57 Familien (ca. 53%); der Kreisschnitt lag bei ca. 52%. In 18 der 43 Gemeinden waren über ein Drittel der Familien Unterstützungsempfänger, in 12 Gemeinden sogar über 50%. Die Mehrzahl der Gemeinden befand sich Mitte April 1847, bevor die Getreide- und Kartoffelpreise in die Höhe schossen, offenbar noch in einer besseren Lage als von der Weserzeitung dargestellt worden war, zumindest wenn man den von den Gemeinden gemeldeten Zahlen Glauben schenken darf. Hier sind jedoch Zweifel berechtigt. So war einerseits „die Elle, an denen Armut gemessen wurde, recht lang und Hilfeleistungen (wurden) letztlich nur im Falle akuten Hungers bzw. von Obdachlosigkeit erteilt. Zusätzlich sollte man die Erwartungshaltung der Regierung bzw. der Amtspersonen bei der Erstellung der Liste bedenken.“<sup>28</sup> Darüber hinaus wurden sicherlich alle, bei denen vorhandene Verwandte die Versorgung sicherstellen mussten, gar nicht erst erfasst. Den in vielen Gemeinden z. T. sehr hohen Anteilen von Unterstützungsempfängern stand meist eine zahlenmäßig geringere Gruppe von Familien gegenüber, auf deren Schultern die gemeindliche Armenfürsorge ruhte: In 26 Gemeinden war die Gruppe der Unterstützungsempfänger größer als die zur Unterstützung heranzuziehenden; in 15 dieser Orte waren gar keine „vermögenden“ Familien vorhanden. In der Mehrzahl der Gemeinden (27 von 43) bildeten diejenigen Familien, die nur ihr notdürftiges Auskommen hatten, die größte Gruppe. Die Grenze zwischen Unterstützungsnotwendigkeit und der Möglichkeit, den Lebensunterhalt bestreiten zu können, war fließend. Sehr unterschiedliche Anteile in vergleichbaren Ortschaften deuten darauf hin,

27 StA MR, Bestand 19 h Nr. 985.

28 Barbara GREVE: „Den Nothstand im Kurstaate betreffend.“ Ein Beitrag zum Armutsproblem der unterbäuerlichen Schichten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert, in: Hessische Heimat, 1988, S. 102.

dass die Ortsvorstände die Einteilungen je nach ihrer Motivlage individuell oder auch willkürlich vornahmen. Bei der Gruppe derjenigen, die nach Auskunft der Ortsvorstände ihren Lebensunterhalt gerade noch sicherstellen konnte, bestand insbesondere in Krisenzeiten latenter Unterstützungsbedarf. Zu berücksichtigen ist auch, dass der „Begriff ‚ihr nothdürftiges Auskommen haben‘ letztlich nicht Wohlstand oder eine gewisse Sorglosigkeit in der Wirtschaftsführung (meinte), sondern ein Wandeln am Rande der Existenzmöglichkeiten, wobei das labile Gleichgewicht in keinem Fall durch Krankheit, Tod, Missernten, Preissteigerungen oder anderweitige Unglücke gestört werden durfte, ohne dass auch diese Familien unter die Existenzschwelle absanken.“<sup>29</sup>

Trotz aller Zweifel an den Zahlen insgesamt, erscheinen die Aprildaten wesentlich realistischer als noch die Märzdaten. Dies zeigt auch ein Blick auf die durch Abgabe verbilligten Getreides unterstützten Gemeinden.<sup>30</sup> Die hier aufgeführten 15 Gemeinden weisen bis auf eine Ausnahme alle sehr hohe Anteile von Unterstützungsempfängern auf. Es bleibt bei den o. a. Zahlen allerdings fraglich, warum nur 15 Gemeinden unterstützt wurden. Das wahre Ausmaß der Krise geben diese Zahlen jedenfalls nicht wieder, da ja der Höhepunkt der Getreidepreise zu diesem Zeitpunkt noch längst nicht erreicht war. Im Mai 1847 war mit Sicherheit der größte Teil der Gruppe, die im April gerade noch ihren Lebensunterhalt bestreiten konnte, in die Gruppe der Unterstützungsbedürftigen abgerutscht. Fasst man beide Gruppen zusammen, so kommt man im Kreisschnitt auf einen Anteilswert von 81,22%. In 37 der 43 Kreisgemeinden lagen die Anteilswerte über 66,6%; in Josbach betrug der zusammengefasste Anteilswert 70,09%. Die von der Weserzeitung charakterisierte Situation traf somit auf dem Höhepunkt der Krise für den Großteil der Kreisgemeinden zu.

#### 4.2 Elemente dörflicher sozialer Fürsorge

Wie genau sich nun die Unterstützung der Bedürftigen in Josbach gestaltete, ließ sich aus den untersuchten Aktenbeständen nicht eruieren. Es ist aber davon auszugehen, dass sich diese Unterstützung in ähnlicher Weise wie in benachbarten Orten vollzog. So bestanden Ortsarmenkommissionen, zu deren Aufgabe es gehörte, die begrenzten Gemeindemittel zu verteilen (z. B. in Form von Verköstigung, der Bereitstellung von Unterkünften oder durch Aushändigung von Barmitteln).<sup>31</sup> Gebräuchlich dürfte auch in Josbach gewesen sein, dass Bedürftige abwechselnd bei den wohlhabenderen Bauern Essen gegen Mithilfe bei anfallenden Arbeiten erhielten. Ebenso standen Mittel aus den im 16. Jahrhundert entstandenen Kirchenkästen zur Verfügung. Darüber hinaus gab es aus wohltätigen Zwecken errichtete Legate und Stiftungen, deren Erlöse dann unter Aufsicht des Pfarrers oder der Ortsarmenkommission entsprechend dem Stiftungszweck verteilt wurden. Solche Stiftungen sind auch für Josbach belegt. So werden in der Katastervorbeschreibung von 1784 vier Stiftungen benannt, deren Erlöse z. T. zum Brotankauf für Bedürftige genutzt wurden und die auch noch 1858 bestanden.<sup>32</sup> Ein

29 Ebd.

30 Bericht des Kreisamtes Kirchhain vom 17.4.1847, StA MR, Bestand 19h Nr. 888.

31 GREVE (wie Anm. 28), S. 101.

32 StA MR H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.



eigenständiger Hilfsverein scheint in Josbach dagegen nicht bestanden zu haben. Auf das Berichtersuchen des kurhessischen Innenministeriums zur Frage, an welchen Orten Hilfsvereine zur Milderung des aktuellen Notstandes gebildet worden seien und wie die Hilfsleistungen organisiert wurden, sah das Kreisamt Kirchhain vor allem den Staat in der Pflicht (Bericht vom 15.3.1847).<sup>33</sup> Das Kreisamt hatte zwar die Ortsvorstände der Kreisgemeinden zur Bildung von Hilfsvereinen aufgefordert und zwar in der Art, dass *die bemittelteren Einwohner Quantitäten von Früchten oder Kartoffeln* dem Ortsvorstand zur Verfügung stellen, damit diese zur Unterstützung der ärmeren Gemeindeglieder im Bedarfsfall verwendet werden können. Solche Hilfsvereine seien aber nur in 7 der 43 Gemeinden gegründet worden. Das Kreisamt benannte hierfür unterschiedliche Gründe: So würden die wenigsten Gemeinden über ausreichende Vorräte verfügen, außerdem mangle es an Geldmitteln, aber auch am Willen; vom Kreisamt wurde als probateres Mittel die Abgabe verbilligten Brotgetreides gesehen.

### 4.3 Allgemeine Bedingungen der landwirtschaftlichen Arbeit

Verschiedene Bedingungen trugen dazu bei, dass in Josbach, wie in benachbarten Dörfern auch, eine eher unvorteilhafte Grundlage für landwirtschaftliche Nutzung vorherrschte: ein entsprechend der Lage in einem Randgebiet des Buntsandsteingebietes des Burgwaldes insgesamt wenig fruchtbarer Boden, eine relativ bergige Lage verbunden mit ungünstigen klimatischen Bedingungen. Die Feststellungen aus der Ortsbeschreibung von 1858<sup>34</sup> verdeutlichen dies. Danach ergab sich folgende Situation:

- Nur ein Drittel des Landes wurde als gut bezeichnet.
- Das Klima sei aufgrund der Lage Josbachs in der Nähe der Wasserscheide zwischen Rhein und Weser kühl, die Ernte trete etwa 8-10 Tage später als in der Provinzialstadt ein, ebenso seien häufige Nachtfröste im Frühjahr zu verzeichnen.
- Die Dreifelderwirtschaft mit ihrer strengen Einteilung der Feldmark in drei Felder wurde weiterhin, wenn auch in verbesserter Form, praktiziert. Diese verbesserte Dreifelderwirtschaft ermöglichte immerhin eine vergrößerte Viehhaltung.
- Am besten gediehen Roggen, dann Hafer und Kartoffeln. Überschüsse wurden erzielt bei Kartoffeln und beim Roggen, die ins Königreich Preußen (Wetzlar und Siegen) verkauft würden. Während ausweislich der Katastervorbeschreibung 1784 noch keine Kartoffeln angebaut wurden, hatte sich diese Frucht ein halbes Jahrhundert später zu einem lebenswichtigen Nahrungsbestandteil in Josbach entwickelt.
- Obwohl der Schwerpunkt der Bodennutzung bei der Ackerwirtschaft lag (das Verhältnis von Ackerland und Wiesen betrug 5 zu 1) und die Wiesen auch nur mittelmäßiges und saures Futter lieferten, wurden für Wiesen höhere Preise erlöst als für gutes Ackerland.
- Die Feldflur in Josbach war extrem zersplittert. Die kleinsten Parzellen beliefen sich auf eine Größe von 1/16 Kasseler Acker.

33 StA MR, Bestand 19h Nr. 985.

34 StA MR H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.

Besondere Probleme ergaben sich aus der Zersplitterung der Parzellen und der bestehenden Hute- und Weidgerechtigkeiten in der Gemarkung. Die hieraus resultierenden Probleme konnten in Josbach erst mit dem 1885 eingeleiteten Verfahren zur wirtschaftlichen Zusammenlegung und Hutebefreiung gelöst werden, welches im Jahr 1901 seinen Abschluss fand.<sup>35</sup> Bis zu diesem Zusammenlegungsverfahren bestand die Josbacher Feldflur aus über 1000 mosaikartig angeordneten Einzelparzellen. Sie war gekennzeichnet durch ein Nebeneinander von Blockflurelementen und schmalen, kurz- und langgliedrigen Parzellen. Die Blockparzellen mit günstiger Lage zum Dorf und guter Bodenqualität waren überwiegend im Besitz des freiadligen Gutes in Josbach, das aus den riedeselschen Besitzungen hervorgegangen war. Einige mittelbäuerliche Betriebe besaßen neben günstig zu bewirtschaftenden Blockparzellen auch Streifenparzellen minderer Qualität. Der weitaus größte Teil der Feldgemarkung, zersplitterte Klein- und Kleinstparzellen, befand sich jedoch im Besitz von Kleinbauern.<sup>36</sup>

#### 4.4 Besitzgrößenverhältnisse

Die Verteuerung des Brotgetreides und der Kartoffeln trafen vor allem die Familien, deren landwirtschaftlicher Besitz nicht ausreichend Nahrungsmittel zur Selbstversorgung produzierte. Um hier die Lage in Josbach beurteilen zu können, werden die Besitzgrößenverhältnisse näher analysiert. Baumbach klassifizierte 1883 landwirtschaftliche Besitzstände nach ihrer Größe in mehrere Kategorien, die allerdings die spezifische Ertragssituation des Landes außer Betracht lassen:

- Betriebe mit einer Besitzgröße von
- über 5 ha „erbringen eine zureichende bäuerliche Nahrung“<sup>37</sup>
  - 3-5 ha gewährleisten eine „knappe, aber allenfalls ausreichende bäuerliche Nahrung;“
  - 2-3 ha „die Landwirtschaft blieb noch Hauptgewerbe, die Beschäftigung einzelner Familienmitglieder mit Nebengewerben oder die zeitweilige Wahrnehmung von Nebenverdiensten war jedoch erforderlich;“
  - 1-2 ha „die Beschäftigung war zwischen Landwirtschaft und Nebengewerbe geteilt;“
  - unter 1 ha „die Landwirtschaft war Nebengewerbe.“<sup>38</sup>

35 StA MR, Bestand 154 J 19, Band 1-4.

36 Gerd ARFERT: Sozialökonomischer Wandel des Dorfes Josbach/Hessen von 1772 bis zur Gegenwart (schriftliche Arbeit zur ersten Staatsprüfung für das Lehramt an der Grund- und Hauptschule, Gesamthochschule Wuppertal), ohne Jahresangabe.

37 Konrad VANJA (wie Anm. 8), S. 91.

38 Alle anderen Angaben nach Ulrich MÖKER, (wie Anm. 14 ) S. 81.

Im Jahr 1858 stellte sich die Besitzverteilung in Josbach wie folgt dar<sup>39</sup>:

Wie viele Einwohner besitzen an Land in Kasseler Ackern	in Hektar <sup>40</sup>	Anzahl	Anteil
60 und mehr?	14,32 und mehr?	3	2,9%
50-59?	11,93 bis unter 14,32?	4	3,8%
40-49?	9,55 bis unter 11,93?	4	3,8%
30-39?	7,16 bis unter 9,55?	6	5,7%
20-29?	4,77 bis unter 7,16?	9	8,6%
10-19?	2,39 bis unter 4,77?	9	8,6%
5-9?	1,19 bis unter 2,39?	10	9,5%
weniger als 5?	weniger als 1,19?	25	23,8%
außer Haus und Garten keinen Grundbesitz?		15	14,3%
keinen Grundbesitz und wohnen zur Miete?		20	19%
Gesamtzahl der Familien		105	100%

Unter Heranziehung der Klassifizierung von Baumbach lässt sich somit für das Jahr 1858 eine Dreiteilung der Josbacher Familien vornehmen:

- Unter Einbeziehung auch der Klasse von Besitzern mit einer Besitzgröße zwischen 2,39 bis unter 4,77 Hektar verfügten 35 der 105 Familien im Jahre über Grundbesitz, der ihnen allein unter Berücksichtigung der Besitzgröße eine zumindest knappe Nahrungsmittelversorgung hätte bieten können. Aber nur 17 Familien lagen eindeutig über der Grenze von 5 Hektar; bei der aus neun Familien bestehenden Besitzgruppe bis unter 7,16 Hektar lässt sich aus der Ortsbeschreibung nicht ermitteln, wie viele hier über 5 Hektar besaßen.
- Genauso hoch war der Anteil der Familien, die entweder gar kein Land oder nur Haus und Garten besaßen.
- Dazwischen lag eine Gruppe von 35 Familien mit Besitzgrößen von weniger als 2,39 Hektar, wobei die Gruppe der Familien mit Besitzgrößen von weniger als 1,19 Hektar mit 23,8% auch insgesamt die zahlenmäßig größte Gruppe bildet.

Mehr als zwei Drittel der Josbacher Familien waren dadurch zur Sicherstellung ihres Lebensunterhalts auf Zuverdienst angewiesen, um sich die erforderlichen Lebensmittel kaufen zu können. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Besitzverhältnisse in den 11 Jahren zwischen dem Krisenjahr 1847 und dem Jahr 1858 weitgehend unverändert geblieben sind. Berücksichtigt man sogar, dass in dieser Zeit die Zahl der ausgewanderten Familien hoch war, die in der Regel den unteren Schichten entstammten, so könnte die Situation 1847 eher noch gravierender gewesen sein. Die Zahlen korrespondieren auch in etwa mit den o. a. Feststellungen aus dem Jahre 1847 nach der 32 der damals 107 Familien zum Kreis derjenigen gezählt wurden, die zur Armenunterstützung herangezogen werden konnten, während die übrigen 75 entweder tatsächlich Unterstützungen bezogen oder kurz davor standen. Unter Berücksichtigung der o. a. Ausführungen zur Ertragslage in der Josbacher Gemarkung wird sich somit festhalten lassen, dass die enormen Preisstei-

39 StA MR H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.

40 Ein Kasseler Acker entspricht 0,23865 Hektar, Ludwig ZIMMERMANN (wie Anm. 9), S. 511.

gerungen des Jahres 1847 mindestens zwei Drittel der Familien in Bedrängnis gebracht haben. Auch die Nachbarorte Josbachs wiesen eine ähnliche Problemlage auf.<sup>41</sup>

	Gesamtzahl der Familien	Familien mit 2,39 und mehr Hektar (darunter mit mehr als 7,16 Hektar)	Familien mit weniger als 2,38 Hektar	Familien ohne Landbesitz oder nur Gärten
Ernsthausen	82	29 (21)	28	25
Halsdorf	121	25 (13)	36	60
Hatzbach	84	17 (8)	42	25
Wolferode	81	26 (10)	17	38

Deutlich ungünstiger als in Josbach war die Lage demzufolge in Halsdorf und Hatzbach, wo fast vier Fünftel der Familien auf Zuverdienst angewiesen waren.<sup>42</sup> Insgesamt war das Bild in Josbach und seinen Nachbargemeinden „geprägt von Klein- und Kleinstbesitz, der nicht nur die zur Sicherung des größer werdenden Nahrungsmittelbedarfs wichtigen Produktivitätssteigerungen erschwerte, sondern zugleich auch den Besitzern selbst auf Dauer kaum noch den notwendigen Lebensunterhalt sichern konnte.“<sup>43</sup>

#### 4.5 Berufliche Struktur und deren Entwicklung in Josbach

Die kurhessische Gemeindeordnung vom 23.10.1834 unterschied bei den Dorfbewohnern zwischen Ortsbürgern und Beisitzern. Nach einer Aufstellung vom 20.1.1835<sup>44</sup> standen in Josbach 62 Ortsbürgern 27 Beisitzer gegenüber. Daraus kann jedoch keinesfalls geschlossen werden, dass ca. 70 % der Dorfbewölkerung über ein die Existenz sicherndes Einkommen verfügten, dazu waren die Hürden zur Erlangung des Ortsbürgerrechts, wie z. B. der Besitz eines Wohnhauses, einfach zu gering. Die Betrachtung allein des Rechtsstatus der Dorfbewohner hilft zur Beurteilung der sozialen Situation wenig und muss u. a. durch eine Analyse der Erwerbsmöglichkeiten ergänzt werden.

Da ein großer Teil der Josbacher Familien zur Sicherung des Lebensunterhalts auf Zusatzverdienste angewiesen war, so soll nun die berufliche Struktur und deren Entwicklung beginnend mit den Kataster- und Steuerunterlagen aus den Jahren 1783/ 1784 bis zur Volkszählung 1867 näher untersucht werden. Hierbei sind aber Einschränkungen der Aussagekraft dieser Unterlagen zu beachten: Da auch die meisten Handwerker auf die Erzeugnisse ihrer gleichzeitig betriebenen Landwirtschaft angewiesen waren, ist eine Trennung zwischen Haupt- und Nebengewerbe oft nicht eindeutig, auch übten die gleichen Personen z. T. mehrere Tätigkeiten oder Berufe nebeneinander aus.

Der Schwerpunkt beruflicher Betätigung lag in Josbach eindeutig auf landwirtschaftlicher Betätigung (Vollerwerb, Gesindedienst, Tagelohn oder Nebengewerbe neben handwerklicher Betätigung oder Tagelohn). Daneben war Josbach in seinen

41 StA MR, H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.

42 Zu Halsdorf siehe auch die Untersuchungen von VANJA (wie Anm. 8).

43 Hans-Werner HAHN: Der hessische Wirtschaftsraum im 19. Jahrhundert, in: Walter HEINEMEYER (Hg.): Das Werden Hessens (VHKH 50), Marburg 1986, S. 407.

44 StA MR, Bestand 180 Kirchhain Nr. 2140.

wirtschaftlichen Möglichkeiten auch stark von seiner Lage an der verkehrsreichen Kassel-Frankfurter Straße geprägt, die insbesondere zu Frankfurter Messezeiten stark frequentiert war. Es fielen Vorspanndienste zur zusätzlichen Hilfe der Fuhrleute bei der Überwindung steiler Wegstrecken an, wie sie auf der Landstraße in Richtung Kassel häufig anzutreffen waren. Der Verkehr bot aber nicht nur Vorspannern Arbeit, auch die Handwerker, die Wagen reparierten bzw. neu anfertigten oder Pferde beschlugen, wie Schmiede und Wagner, profitierten. Die Landstraße förderte ebenso die Errichtung von Branntweimbrennereien, Wirtschaften und Schenken. Zusammenfassend heißt es hierzu in den Vorarbeiten zur Katastererstellung:<sup>45</sup>

*(...) und geht die Land = und Post= Straße von Cassel auf Marburg und Franckfurt et Vice Versa da durch, wo durch die Bewohner mit Vorspann vor die Fracht Karren und (...) mit Herbergierung ansehnlichen Nutzen haben. (...) Nähren sich hiesige Bewohner im ganzen genommen vom Ackerbau und sonstigen Gewerben, und kommt Ihnen das frequente Vorspann vor die Fracht-Karren, besonders zu Statten, in dem Selbige die onera publica dadurch verdienen, auch wohl noch einen Nothheller übrig behalten können.*

Darüber hinaus spielte auch gerade in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Existenz einer Poststation am Ort für Betätigungsfelder der Einwohner eine wichtige Rolle. Zum 1.1.1839 wurde die bisher in Halsdorf befindliche Thurn- und Taxis'sche Poststation nach Josbach verlegt. Damit wurde eine ältere Tradition wieder belebt, denn bis in die dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts hatte es nachweislich eine Poststation am Ort gegeben.<sup>46</sup> Die Verlegung der Poststation war Folge eines geänderten Straßenverlaufs der Kassel-Frankfurter Straße. Diese wurde zur Umgehung des Halsdorfer Berges aus Halsdorf hinausgelegt,<sup>47</sup> so dass die Halsdorfer Poststation nun nicht mehr unmittelbar an dieser Straße lag. Aufgrund der geänderten Straßenführung einigten sich die kurhessische General-Post-Direktion und die taxis'sche General-Post-Direktion auf die Stationsverlegung.<sup>48</sup> Wenige Jahre nach der Verlegung häuften sich die Informationen, dass die Lage der Posthaltereien an der Kassel-Frankfurter Route wegen des geringen Ertrages schwieriger wurde. Bereits zum 1.7.1850 wurde die Poststation Josbach wieder aufgehoben. Die Eröffnung der Main-Weser-Bahn und ihre Benutzung zum Postverkehr machten den Weiterbetrieb einiger Poststationen an dieser Strecke unwirtschaftlich.

#### 4.5.1 Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft

Vorherrschend war landwirtschaftliche Betätigung in Josbach. Die Zahlen der Personen, die durch die Wahl der Bezeichnung „Ackermann“ als Haupterwerbslandwirte betrachtet werden können, bleiben insgesamt jedoch gering. Die Katastervor-

45 Hier die „Formirte General- und Special-Probe“ vom 21.8.1783, StA MR, Bestand 49d-Kirchhain Nr. 111.

46 StA MR, Bestand 5, Nr. 9287.

47 Siegfried WOLLHEIM: Staatsstraßen und Verkehrspolitik in Kurhessen von 1814 bis 1840, Schriften des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau 14, Marburg 1931.

48 Postakte 6604, Poststation Josbach, Zentralarchiv Fürst von Thurn und Taxis, Regensburg.

beschreibung aus dem Jahr 1784<sup>49</sup> gibt keine Hinweise zur Zahl der „Ackerleute“, nennt aber zwei Müller. Ca. 40 Jahre später werden dann 25 Ackerleute und ein Müller in der Cantonsliste aufgeführt, dem Verzeichnis der wehrfähigen Männer und ihrer Söhne aus den Jahren vor 1828<sup>50</sup>. Die statistische Übersicht des Kreises Kirchhain aus dem Jahr 1838<sup>51</sup> enthält zu beruflichen Angaben zwar nur eine grobe Gliederung, die jedoch die Erwerbsschwerpunkte eindeutig charakterisiert. So ernährten sich 32 Familien vom Ackerbau, 12 Familien von Gewerben und 23 Familien vom Tagelohn. Die Volkszählung aus dem Jahre 1867<sup>52</sup> nennt nur noch 18 Landwirte (16 Ackerleute und 2 Gutsbesitzer) und 3 Müller.

#### 4.5.2 Erwerbsmöglichkeiten im Handwerk

Die traditionellen Dorfhandwerksberufe, wie beispielsweise Wagner, Schreiner, Schmied, Zimmermann, Leinweber und Schuhmacher lieferten in der Regel allenfalls ein Zubrot zu den Erträgen aus der gleichzeitig betriebenen Landwirtschaft. Welche handwerklichen Tätigkeiten gab es in Josbach? 1784 wurden 8 Leinweber, 2 Schmiede, 2 Schneider, 2 Wagner (zugleich Schreiner) sowie je ein Zimmermann und Schuhmacher erwähnt. Etwa 40 Jahre später sind der Cantonsliste weitere Angaben zu entnehmen, wobei die Auflistung nur unvollständig ist, da nicht alle Einwohner erfasst waren. Genannt werden: 4 Schneider, 3 Leinweber, 2 Schuhmacher sowie je ein Schmied und Bäcker. 1858 werden aufgeführt: 2 Schmiede, 2 Schneider, 2 Schreiner sowie je ein Bäcker, Metzger, Wagner und Weißbinder. 9 Jahre später, bei der Volkszählung von 1867, sind folgende Handwerker nachgewiesen: 4 Maurer, darunter 1 Lehrling, 3 Schneider, 3 Mühlenzimmerleute, 2 Bäcker sowie je ein Schreiner, Schuhmacher, Schmied und Küfer. Selbst unter der Annahme, dass die jeweils benannten Berufe hauptberuflich ausgeübt wurden, zeigt sich, dass das Handwerk in Josbach nur wenigen Familien Erwerbsmöglichkeiten bieten konnte (1784 waren es 16 Handwerker, 1858 nur noch 10 und 1867 schließlich wieder 16). Auch in Josbach ist der Verfall des Leinenweberhandwerks nachweisbar. Hatten 1784 die 8 Leinweber noch die größte Handwerkergruppe gebildet, werden 1847 nur noch zwei Weber<sup>53</sup> und in den Jahren 1858 und 1867 keine mehr genannt.

#### 4.5.3 Erwerbsmöglichkeiten in Staats- oder Gemeindediensten

Auch Beschäftigungen in Staats- oder Gemeindediensten waren nur vereinzelt möglich, zudem waren insbesondere Tätigkeiten in Gemeindediensten (wie z. B. Feldhüter und Tagewächter) nicht als Vollerwerb gedacht, sondern wurden meist von älteren Personen als Zubrot verrichtet, die ansonsten der Gemeindekasse zur Last gefallen wären. 1784 werden an herrschaftlichen Bediensteten Pfarrer, Grebe, Gerichtsschöffe, Zöllner und Forstlaufer sowie an Gemeindebediensteten Schulmeister, Vorsteher, 2 Hirten, 2

49 StA MR Kataster Josbach B 1.

50 StA MR, Bestand 180 Kirchhain Nr. 1575.

51 StA MR, Bestand 19f, Nr. 323.

52 StA MR, Bestand 180 Kirchhain, Nrn. 2003-2010; die Urmaterialien dieser Volkszählung sind für Josbach noch vollständig erhalten; alle ausgegebenen Haushaltslisten liegen vor.

53 StA MR, Bestand 19f, Nr. 50.

Schäfer und je ein Feldhüter und Tagewächter benannt. Die Cantonsliste führt nur Pfarrer, Lehrer, Schultheiß, Tagewächter und Forstlaufer auf, während die Ortsbeschreibung von 1858 keine Angaben hierzu enthält. Die Volkszählung von 1867 nennt nur noch Pfarrer, Lehrer, Forstlaufer und Feldschütz.

#### 4.5.4 Erwerbsmöglichkeiten in Handel, Gastronomie und sonstigen Bereichen

Bedingt durch die günstige Verkehrslage boten sich in diesem Sektor zeitweise gute Erwerbsmöglichkeiten. 1784 machten die Vorspänner die stärkste Berufsgruppe mit 29 Personen aus. Daneben gab es je zwei Wirte und Musikanten sowie 2 Branntweinbrenner bzw. –schenker. Die Cantonsliste benannte: 4 Straßenwärter, 2 Händler sowie einen Gastwirt. Günstige Verkehrslage und Verlegung der Poststation wirkten sich positiv auf die Anzahl der Wirtschaften, Schenken, Herbergen und Kramläden in Josbach aus. Im Jahre 1841 gab es nach einem Verzeichnis der im Polizeikommissionsbezirk Rauschenberg bestehenden Bierschank-Konzessionen in Josbach bereits sechs solcher Schankerlaubnisse.<sup>54</sup> Weitere Erlaubnisse betrafen das *Herbergieren*, den *Branteweinausschank* oder den Ausschank von *Rum und Liqueur*.<sup>55</sup> Die Bedeutung der Verkehrslage für die Schenken und Herbergen zeigt sich auch aus den Übersichten zur Höhe des Steueraufkommens aus der *Hilfssteuer von Branntwein* und deren Verwendung in den Jahren 1826-1830.<sup>56</sup> Josbach lag bei den Steuereinnahmen aus dem Branntweinverkauf immer in der Spitzengruppe des Kreises Kirchhain. Auch Geschäfte und hier besonders Kramläden profitierten von der Verkehrslage. Nachzuweisen waren in den Jahren 1822-1843 insgesamt sechs Konzessionsinhaber.<sup>57</sup> Zur Begründung für die Erteilung der jeweiligen Konzessionen wurde die angestiegene Nachfrage infolge der Verlegung der Poststation von Halsdorf nach Josbach angeführt. 1858 lassen sich an den Angaben zu den Wirten und Krämern, von denen jeweils nur noch einer diese Tätigkeit hauptberuflich ausübte, gut die Folgen der Rückverlegung der Poststation nachvollziehen. Abgerundet wird das Bild durch die Volkszählung von 1867, bei der noch 6 Handelsleute, 5 Musikanten, darunter ein Lehrling sowie ein Gastwirt gezählt wurden.

#### 4.5.5 Erwerbsmöglichkeiten im Tagelohn

Wie die vorigen Ausführungen gezeigt haben, boten sowohl Handwerk als auch die anderen Gewerbe keine ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten. Es blieb das Verdingen im Tagelohn oder als Knecht bzw. Magd im Ort oder außerhalb und später vermehrt auch die Aufnahme von Saisonarbeit in den aufstrebenden und Arbeitskräfte absorbierenden Regionen des Rheinlands und in Westfalen.

1784 wurden 14 TagelöhnerInnen sowie 4 Knechte und 10 Mägde gezählt. In der Cantonsliste ist die Rede von 22 Tagelöhnern. Nach der statistischen Übersicht des

54 StA MR, Bestand 19i, Nr. 986.

55 Ebd., Nr. 1081.

56 StA MR, Bestand 19l, Nr. 517.

57 StA MR, Bestand 19i, Nr. 1081.

Kreises Kirchhain aus dem Jahr 1838<sup>58</sup> ernährten sich 23 der 68 Josbacher Familien vom Tagelohn. Im Jahr 1867 waren es schließlich 39 TagelöhnerInnen bzw. ArbeiterInnen sowie 23 Knechte und Mägde; dies ist mit insgesamt 62 Personen die mit Abstand größte Erwerbsgruppe. Die Volkszählung gibt darüber hinaus weitere wertvolle Hinweise zur Struktur der Unterschicht von Tagelöhnern, Arbeitern, Knechten und Mägden. Auch wenn diese Bestandsaufnahme 20 Jahre nach der im Fokus stehenden Krise von 1847 vorgenommen wurde, ist es doch sehr wahrscheinlich, dass die meisten Feststellungen aus dem Jahr 1867 auch für das Jahr 1847 zugetroffen haben:

- Die Mehrzahl der Tagelöhner und Arbeiter waren Frauen (24 von 39).
- Es war in der Regel der Familienstand, der die Frauen zum Tagelohn bzw. zur Lohnarbeit zwang: die Mehrzahl der 24 Frauen war alleinstehend (7 Witwen und 6 ledige Frauen), 9 waren verheiratet, bei 2 Frauen war keine Angabe zum Familienstand enthalten. Ganz anders stellte sich die Situation bei den Männern dar, hier waren 12 verheiratet, 2 verwitwet und nur einer alleinstehend.
- Die Altersstruktur der Tagelöhner scheint Beleg für Altersarmut zu sein, die auch noch Senioren zum Tagelohn bzw. zur Lohnarbeit zwang: 18 der 39 Personen waren 50 und älter (davon drei über 60 Jahre und eine über 70), 17 Personen waren im Alter zwischen 30 und 49 und nur vier Personen waren jünger als 30.
- Der Anteil der Arbeitnehmer, die außerhalb von Josbach arbeiten mussten, war mit 77 Personen beträchtlich. Davon hatten sich 30 als Knechte und Mägde außerhalb von Josbach verdingt (24 Frauen und 6 Männer). Insgesamt 39 Personen, 2 Frauen und 37 Männer, wurden als Saisonarbeiter mit ihren Aufenthaltsorten in Westfalen bzw. im Fürstentum Lippe angegeben. Ziel dieser auch unter dem Begriff der Westfalengängerei bekannten Binnenwanderung war die expandierende eisenverarbeitende Industrie und die Tuchweberei in Remscheid, Barmen und Elberfeld.
- Es waren die Familien der Tagelöhner und Arbeiter, aus deren Kreisen der Großteil der Saisonarbeiter hervorging. 22 der 39 Westfalengänger stammen aus Tagelöhner- bzw. Arbeiterfamilien.

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass für Josbach der für Kurhessen allgemein zu beobachtende Mangel an Erwerbsmöglichkeiten für die unteren Schichten vorherrschte, der auch in den Berichten des Kreisamtes Kirchhain im Krisenjahr 1847 immer wieder beklagt wird, ein Mangel der sich vor dem Hintergrund meist unzureichender Besitzgrößen in Krisenjahren zuspitzte.

#### 4.5.6 Verdienstmöglichkeiten von Tagelöhnern

Die bisherigen Erkenntnisse haben gezeigt, dass ein großer Teil der Josbacher Familien auf Tagelohnverdienst angewiesen waren. Welche Verdienste konnten bei solcher Arbeit gewöhnlich erzielt werden? Hier werden drei Angaben zur Höhe des Tagelohns herangezogen: die Berichte des Kreisamtes Kirchhain vom 14.6.1843 und vom 12.2.1847<sup>59</sup> sowie die entsprechenden Angaben in der Ortsbeschreibung von

58 StA MR, Bestand 19f, Nr. 323.

59 StA MR, Bestand 19 i, Nr. 41.



1858.<sup>60</sup> Die Angaben zur Höhe des Tagelohns aus dem Jahr 1843 sind knapp. Das Kreisamt Kirchhain machte in seinem Bericht an die Regierung lediglich Angaben zum durchschnittlichen Tagelohn im Kreis. Danach betrug dieser für Frauen mit Kost 2½ und ohne Kost 5 Silbergroschen, für Männer mit Kost 5 und ohne Kost 7½ Silbergroschen. Detaillierter sind die Angaben im Bericht vom 12.2.1847, der schon deshalb von Interesse ist, weil er genau in die Krisenzeit fällt. Danach hatte sich der Normallohn allenfalls geringfügig seit 1843 erhöht. So wurde an Tagelohn *für die verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten als Fruchtschneiden, Heu- und Grummet-Mähen, Kartoffeln-Austhun* für erwachsene männliche Arbeiter neben der Verköstigung 4-5 und ohne Kost 7-8 Silbergroschen gezahlt, für erwachsene weibliche Arbeiter neben der Verköstigung 2-4 und ohne solche 4-6 Silbergroschen. Im Bericht selbst wird aber darauf hingewiesen, dass diese Lohnangaben nur Durchschnittswerte seien, die sich je *nach dem Fleiß und der Geschicklichkeit des Arbeiters* erhöhen würden. So richteten sich die Löhne z. T. nach der bearbeiteten Flächengröße (z. B. für das Mähen eines Kasseler Ackers 5 Silbergroschen oder für das Schneiden eines Ackers Roggen oder Weizen 20 Silbergroschen). Dadurch konnte sich der Tagelohn *tüchtiger Arbeiter* auf 10-12 Silbergroschen erhöhen, er bleibe selten unter 9 Silbergroschen. Ähnliches galt für Frauen, hier konnten gewandte Schnitterinnen durchaus auf 12 Silbergroschen täglich kommen. Ein Aufschlag von 1 Silbergroschen pro Tag gab es darüber hinaus an vielen Orten für die besonders beschwerliche Kartoffelernnte. Diese Erntearbeiten fielen aber nur in wenigen Wochen im Jahr an, so dass die genannten Durchschnittslöhne wohl über das ganze Jahr gerechnet näher an der Realität liegen dürften. Die tägliche Arbeitszeit wird *im Sommer gewöhnlich* (mit) *11 bis 12 und im Winter (mit) 8 bis 9 Stunden* angegeben, wobei *mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage an allen Tagen des Jahres gearbeitet* wurde. Der folgende Hinweis bestätigt die o. a. Ausführungen zu den Verdienstmöglichkeiten der Handwerker: *Indessen wird im hiesigen Kreise ein großer Theil der Tagelohnsarbeiten (wenigstens in den Städten) von Gewerbetreibenden, als Schuhmachern, Schneidern, Schreibern, pp. bewirkt, in dem diese ihre Professionen hauptsächlich im Winter betreiben und während eines großen Theiles vom Jahre Tagelohn als Nebenbeschäftigung ausführen.* Auch wenn ausdrücklich auf die Städte verwiesen wird, dürfte dies auch die Situation in den Dörfern charakterisiert haben, zumal die Städte im Kreis Kirchhain bis auf die Kreisstadt eigentlich nur größere Dörfer waren.

Welche Einnahmen konnte nun ein Tagelöhner erzielen? Wenn man mit MÖKER<sup>61</sup> tatsächlich 280 Arbeitstage im Jahr veranschlagen kann, so hätte das Jahreseinkommen eines Mannes im Jahr 1847 höchstens ca. 46 Taler und 20 Silbergroschen mit Verköstigung und höchstens 74 Taler und 20 Silbergroschen ohne Verköstigung betragen. Von diesen Einnahmen waren laut Bericht neben den nicht bezifferten, auf dem Grundbesitz liegenden Abgaben, abzuziehen: die Gewerbesteuer mit maximal 15 Silbergroschen jährlich, Ausgaben für das Schulgeld von höchstens 20 Silbergroschen jährlich, Gemeindeabgaben von im Durchschnitt zwischen 1 und 2 Talern und Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung, Heizung und Kleidung, die bei einer fünfköpfigen

60 StA MR, H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.

61 MÖKER (wie Anm. 14), Seite 121.

Familie auf 50-80 Taler im Jahr veranschlagt wurden. (30-40 Taler für Nahrungsmittel, 6-14 für Wohnung, 3-6 für Heizung und 11-20 für Kleidung).

Auch wenn sich nun die Höhe der Ausgaben nicht exakt ermitteln lässt, wird doch schon aus dieser überschlägigen Rechnung deutlich, dass die Einnahmen nur als Ergänzung der von eigenem Grund bezogenen Lebensmittel ausreichen konnten, und auch nur dann, wenn man möglichst durchgehend beschäftigt war und möglichst weitere Familienangehörige im Tagelohn beschäftigt sein konnten. Dies ist aber in Dörfern wie in Josbach nur für die wenigen Wochen der Erntezeit anzunehmen. Für den großen Teil der Josbacher Bevölkerung, der aber entweder gar keinen Grundbesitz hatte oder nur einen Garten besaß, war die Lage schon in normalen Jahren schwierig und musste sich in Jahren wie 1847 zur Existenzkrise ausweiten.

Wie die Lohnangaben aus der Ortsbeschreibung von 1858<sup>62</sup> zeigen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die genannten Durchschnittslöhne in Josbach bei weitem nicht erreicht wurden, denn selbst 11 Jahre nach der Krise wurden hier noch nicht die Durchschnittstageslöhne des Jahres 1847 und auch nicht die des Jahres 1843 gezahlt: 1858 erhielt ein Tagelöhner (eine Unterscheidung nach Geschlecht wurde in der Ortsbeschreibung nicht vorgenommen) mit Kost 3 und ohne 5½ Silbergroschen, also bei 280 Arbeitstagen insgesamt 28 bzw. 51 Taler und 10 Silbergroschen. Im Vergleich hierzu verdienten Knechte im Jahr zwischen 25½ und 41½ Talern (incl. Kleidung, Schuhe, Leinen und Wolle) und Mägde zwischen 17 und 19 Talern. Zurückgehende bzw. stagnierende Löhne standen somit steigenden Ausgaben insbesondere für Nahrungsmittel gegenüber, so dass also noch 1858 alle, die auf Tagelohn angewiesen waren und kein eigenes Land besaßen, Krisenzeiten in besonderer Weise ausgesetzt blieben.

#### 4.7 Demographische Entwicklung in Josbach

Insgesamt waren im Kurstaat mehrere Phasen bei der Bevölkerungsentwicklung festzustellen<sup>63</sup>: eine Phase bis 1849, in der die Bevölkerung wuchs, eine Phase bis 1858, in der die Bevölkerungszahlen sanken und eine Phase wieder wachsender Bevölkerung bis 1871. Die Wachstumsquote in Kurhessen lag jedoch sowohl unter dem deutschen Durchschnitt als auch unter der der hessischen Nachbarstaaten Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt.<sup>64</sup> 1858 war der Tiefpunkt erreicht. Im Kreis Kirchhain wurde im Jahr 1849 der Bevölkerungshöchststand erreicht.<sup>65</sup> Grund für die anschließenden Bevölkerungsverluste waren die massiven Abwanderungen, da die wirtschaftliche Entwicklung dem starken Anstieg der Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht hatte Schritt halten können.

62 StA MR, H 3, acc. 1903/9, 56 Rauschenberg.

63 MÖKER (wie Anm. 14), S. 3.

64 Helmut SEIER: Modernisierung und Integration in Kurhessen 1803-1866, in: HEINEMEYER (wie Anm.43), S. 435 ff.

65 Manfred BULLIK: Staat und Gesellschaft im hessischen Vormärz. Wahlrecht, Wahlen und öffentliche Meinung in Kurhessen 1830-1848, Köln 1972, S. 20.

Für die demographische Entwicklung in Josbach wird der Zeitraum zwischen 1784, dem Jahr der Fertigstellung der Katasterunterlagen, und 1867, dem Jahr der Volkszählung, gewählt. Die Einwohnerzahlen entwickelten sich danach wie folgt:<sup>66</sup>

Jahr	1784	1834	1838	1847	1858	1867
Einwohnerzahl	302	541	594	581	534	441

Bis 1838 stieg die Bevölkerung stark an: von 1784 bis 1838 um 292 oder um fast 97%. Im Zeitraum von 1838 bis 1867 nahm die Bevölkerung kontinuierlich ab: um 153 Personen oder fast 26%, dennoch lag die Bevölkerungszahl 1867 immer noch um 139 Personen oder ca. 46% über der des Jahres 1784. Die demographische Entwicklung in Josbach weicht damit von der im Kreis Kirchhain ab. So ging z. B. die Bevölkerung im Kreis Kirchhain im Zeitraum 1834 bis 1867 von 24.794 auf 23.223 zurück (-1571 oder -6,3%)<sup>67</sup>, der Bevölkerungsrückgang in Josbach war im gleichen Zeitraum wesentlich stärker: -100 oder - 18,5%. Während im Kreis Kirchhain im Jahr 1849 der Bevölkerungshöchststand erreicht wurde, war dies in Josbach bereits wesentlich früher der Fall. Eine der wichtigsten Ursachen für den Bevölkerungsrückgang liegt in der Auswanderung insbesondere nach Nordamerika, die ihren Höhepunkt für den Kurstaat insgesamt in den Jahren zwischen 1852 und 1857 hatte; hierzu wird auf die folgenden Ausführungen verwiesen. Nicht untersucht wurde, inwieweit sich speziell das Krisenjahr 1847 auf die unmittelbare Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt hat; hierzu müsste anhand der Geburten- und Sterberegister aus dem Josbacher Pfarrarchiv u. a. auch geprüft werden, inwieweit die Feststellung von METZ,<sup>68</sup> nach dem im Notjahr 1847 die höchste Sterblichkeitsziffer mit 1:33 (1 Totgeborener auf 33 Lebendgeborene) zu verzeichnen gewesen sei, auch auf Josbach übertragbar ist.

#### 4.8 Auswanderung als Krisenreaktion der Bevölkerung

Da ein wachsender Teil der dörflichen Bevölkerung selbst in guten Jahren am Rande des Existenzminimums leben musste, suchten viele ihr Heil in dauerhafter Auswanderung. Dies trifft in besonderer Weise auch für Josbach zu. Im Zeitraum von 1833 bis 1857 verließen insgesamt 128 Personen den Ort.<sup>69</sup> Da bei einigen Auswanderern nicht alle Familienangehörigen erfasst wurden und ein Teil sich auch überhaupt nicht in den Akten niederschlug, ist diese Zahl der Minimalwert, die Zahl der tatsächlich Ausgewanderten war mit Sicherheit höher. Gemessen an der Bevölkerungszahl von 1834<sup>70</sup> bedeutet dies einen Anteil von

66 Die Zahlen beruhen auf folgenden Quellen: 1784: StA MR, Kataster Josbach B 1, 1834: StA MR, Bestand 180 Kirchhain, Nr. 2661, 1838: StA MR, Bestand 19f, Nr. 323, 1847: StA MR, Bestand 19h, Nr. 988, 1858: StA MR H3 acc 1903/9-56 Rauschenberg und 1867: StA MR, Bestand 180 Kirchhain, Nrn. 2003-2010.

67 VANJA (wie Anm. 8), S. 30.

68 Ludwig METZ: Statistische Beschreibung des Regierungsbezirks Cassel, Kassel 1871.

69 Grundlagen für die Aussagen zu den Auswanderern bildeten: Inge AUERBACH: Hessische Auswanderer (HESAUS), Index nach Familiennamen, Bd. II, Auswanderer aus Hessen-Kassel 1840-1850, Marburg 1988; Ergebnisliste HESAUS nach dem Suchwort Josbach; StA MR, Bestand 180 Kirchhain Nr. 1791; StA MR, Bestand 19g Nr. 593.

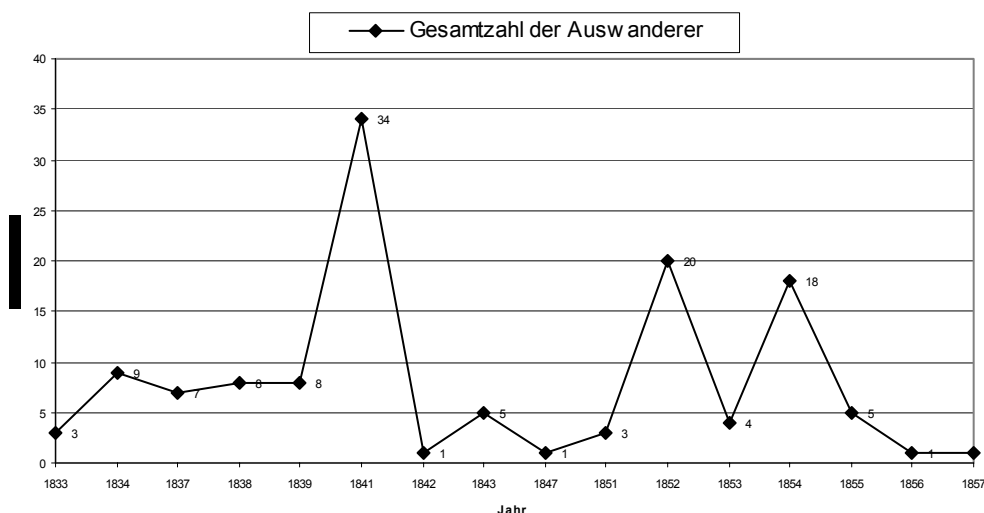
70 StA MR, Bestand 180 Kirchhain, Nr. 2661.

23,7%. Die Auswandererzahlen vermögen den Rückgang der Bevölkerung in Josbach insgesamt gut zu erklären. Die Zahl der Auswanderer blieb im Beobachtungszeitraum meist unter zehn Auswanderern jährlich. Nur in drei Jahren kam es zu außerordentlichen Sprüngen bei den Zahlen: so wanderten 1841 34 Personen aus (fünf Familien und eine Einzelperson), 1852 20 Personen (vier Familien und zwei Einzelpersonen) und 1854 18 Personen (vier Familien und acht Einzelpersonen). Hauptziel der Auswanderer war Nordamerika (meist ohne nähere Differenzierung); nur bei zwei Auswanderern ist als Ziel Preußen angegeben. Die geschilderte Entwicklung weicht in mehreren Punkten von der kurhessischen Gesamtentwicklung ab. Im Kurstaat kam es etwa ab 1845 zu einem kontinuierlichen Anstieg der Auswanderungszahlen, verstärkt durch die Krisenjahre 1846/47, während die Entwicklung in Josbach sprunghaft verlief und einen ersten Höhepunkt bereits 1841 hatte. Wellenbewegungen waren aber dabei nicht außergewöhnlich, denn „normalerweise erfasste die Auswanderungswelle zunächst eine Gruppe Unternehmungslustiger, nach deren Weggang flaute die Wanderungswelle dann merklich ab oder hörte ganz auf. (...) Die zweite Welle hat offenbar erst die Rückmeldungen über die Verhältnisse in den USA abgewartet.“<sup>71</sup> Einen weiteren Unterschied zur kurhessischen Gesamtentwicklung lässt sich bei der Struktur der Auswanderer erkennen: während in Kurhessen in den dreißiger Jahren und zu Beginn der vierziger Jahre vorwiegend Alleinstehende auswanderten, wird die Auswanderung in Josbach durch Familien bestimmt. Weitergehende Analysen zum sozialen Hintergrund der Auswanderer sind durch die Datenlage erheblich erschwert. So liegen z. B. nur für 62 der 128 erfassten Personen Altersangaben vor, nur bei 9 Personen werden Berufsangaben gemacht bzw. sind aus anderen Akten erschließbar und nur bei 13 Personen finden sich Angaben zum mitgeführten Vermögen. Anhand der vorliegenden Daten zu den Auswanderern lässt sich für Josbach ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Krise 1847 und Auswanderung und damit auch speziell ein Zusammenhang zwischen Getreidepreisentwicklung und Auswandererzahlen nicht feststellen.<sup>72</sup> Im Zeitraum zwischen 1833 und 1857 wanderten vor 1847 deutlich mehr Personen aus als nachher. Erst zeitverzögert stiegen die Auswandererzahlen dann wieder korrespondierend mit der kurhessischen Gesamtentwicklung, bei der die Auswanderung ihren Höhepunkt zwischen 1852 und 1857 hatte, insbesondere 1852 und 1854 nochmals an, reichten aber nicht an das Jahr 1841 heran. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass in Josbach schon in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts alle Voraussetzungen vorlagen, die Auswanderung generell begünstigen: Bevölkerungsexplosion, überwiegend nicht den Lebensunterhalt sichernder Kleinbesitz und unzureichende Erwerbsmöglichkeiten. Dass die nachfolgenden Krisenjahre dann nicht zu erneuten Auswanderungswellen geführt haben, mag auch daran liegen, dass die Nachrichten, die von bereits ausgewanderten Familien die Heimat erreichten, entmutigend auf Nachahmer gewirkt haben.

---

71 Inge AUERBACH: Auswanderung aus Kurhessen. Nach Osten oder Westen, Marburg 1993, S. 167.

72 VANJA (wie Anm. 8), S. 171ff.



Entwicklung der Auswandererzahlen 1833-1857

## 5. Schlussbetrachtungen

Anhand der gewonnenen Erkenntnisse lässt sich abschließend folgendes festhalten: Im Kreis Kirchhain und dem untersuchten Ort Josbach kam es im Erntejahr 1846 zwar zu Ausfällen beim wichtigen Brotgetreide Roggen und auch bei den Kartoffeln. Die Notsituation wurde aber hauptsächlich durch die massiven Preiserhöhungen ausgelöst, die auch eine Folge gesteigerter Exporte waren. Für Kurhessen scheint danach die Einschätzung von GAILUS zuzutreffen, wonach auch auf dem Höhepunkt der Krise, im Frühjahr 1847, Nahrungsmittel ausreichend vorhanden waren. Zum Problem wurde aber, dass große Teile der Bevölkerung die hohen Preise nicht mehr zahlen konnten.<sup>73</sup> Die Ergebnisse der Untersuchungen bestätigen auch die Feststellung von BASS, nach dem „Lebensmittelteuerungen schon im frühen 19. Jahrhundert weniger von dem jeweiligen Ernteergebnis als vielmehr von der Sozialstruktur einer Region abhing(en),“ hierzu gehörten „die Art der Erwerbsmöglichkeiten“, die Bodenbesitzverteilung und „damit die Möglichkeit, Nahrungsmittel für den Eigenverbrauch in der Region zu behalten oder aber zu importieren.“<sup>74</sup>

Wenngleich Kurhessen von Verhältnissen wie in Oberschlesien, wo 1847 „80.000 an Hungertyphus erkrankt und fast 16.000 ihm erlegen (sind),“<sup>75</sup> weitgehend verschont blieb, traf es die Krise trotzdem hart. Die makroökonomischen Befunde für den Kurstaat einer Reihe von Autoren sind durch die vorstehende Untersuchung bestätigt worden:

73 Manfred GAILUS: Hungerunruhen in Preußen, in: GAILUS / VOLKMANN (wie Anm. 3), S. 188.

74 BASS (wie Anm. 3), S. 152.

75 Rudolf STADELMANN: Soziale Ursachen der Revolution von 1848, in: Hans-Ulrich WEHLER (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 152.

So hatte die wirtschaftliche Entwicklung in Kurhessen dem Bevölkerungswachstum bei weitem nicht Stand halten können. Von der kurhessischen Agrarwirtschaft, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zwar allmähliche Produktivitätssteigerungen verzeichnen konnte, gingen keine „fühlbaren Nachfrageimpulse“ aus, die geeignet gewesen wären „die gewerbliche Entwicklung nachhaltig (zu) beleben.“<sup>76</sup> Dazu kam, dass sehr lange an der Dreifelderwirtschaft festgehalten wurde, wenngleich seit Beginn des 19. Jahrhunderts an vielen Orten in verbesserter Form. Auch in Josbach hielt man noch weit bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts an dieser Dreifelderwirtschaft fest.

Ein großer Teil der bewirtschafteten Böden lag in Mittelgebirgsregionen, in denen schlechtere Böden und ein raueres Klima die Erträge begrenzte, dies trifft in besonderer Weise für weite Teile des Kreises Kirchhain und auch für Josbach zu. Zudem waren die Besitzgrößen, wie für Josbach gezeigt werden konnte, derart zersplittert, dass sie ohne weitere Erwerbstätigkeit keine Lebensgrundlage bieten konnten. Solche zusätzlichen Erwerbsmöglichkeiten waren jedoch in Josbach selbst nur unzureichend vorhanden. Josbach war nicht weit von der Einschätzung HAHNS entfernt, wonach 1830 „nur etwa 10% der Höfe (...) ein ausreichendes Einkommen“ erwirtschaftet haben sollen.<sup>77</sup>

Verschärfend hinzu kam, dass Nebengewerbe wie das Leinenweben und –spinnen, die für große Bevölkerungsteile insbesondere in Gebieten mit geringeren Agrarerträgen eine lebensnotwendige zusätzliche Einkommensquelle darstellten, gerade in den vierziger Jahren verfielen. Diese Entwicklung konnte auch für Josbach aufgezeigt werden, wenngleich das Leinenhandwerk für Josbach nie die Bedeutung wie in anderen Gemeinden besaß. Für Josbach machte sich der zurückgehende Verkehr auf der Kassel-Frankfurter Straße bemerkbarer, der vormals wirtschaftliche Impulse ausgelöst hatte.

Die Einkommen insbesondere der Unterschichten gingen zurück, was sowohl auf Arbeitskräfteüberschuss als auch die Arbeitsplatzverluste zurückzuführen ist. Für das nördliche Kurhessen hat dies MÖKER nachgewiesen: Danach stagnierten die Löhne seit den 40er Jahren bis Anfang der 60er Jahre bzw. gingen zeitweilig zurück.<sup>78</sup> Die Befunde für Josbach passen selbst unter Berücksichtigung, dass die ermittelten Lohnangaben in der Regel nur Durchschnittswerte darstellen, in dieses Bild. Die gleichzeitig eingetretenen Steigerungen bei den Lebenshaltungskosten führten dazu, dass immer größere Teile des Einkommens für Lebensmittel aufgewendet werden mussten. VANJA setzte den Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Konsumgüteraussgaben in seiner Untersuchung des Josbacher Nachbarortes Halsdorf auf ca. 60-70% an;<sup>79</sup> BOHMBACH ermittelte für den Kreis Marburg 62,1%.<sup>80</sup> Rücklagen für Krisenzeiten wie 1846/47 konnten auf diese Weise nicht gebildet werden, so dass solche Krisen die bereits begonnenen Verelendungstendenzen verstärken mussten. Die auch in Josbach stark ausgeprägte

76 HAHN (wie Anm. 43), S. 407.

77 Ebd.

78 MÖKER (wie Anm. 14), S. 237.

79 VANJA (wie Anm. 8), S. 110 ff.

80 Jürgen BOHMBACH: Die Hungerjahre 1846/1847 in Oberhessen – Eine Darstellung aus den Akten der Regierung Marburg, in: HessJbLG 23, 1973, S. 340.

Unterschicht „war stets in der Gefahr bitterster Armut, da die Zahl ihrer Erwerbsstellen beschränkt blieb und sie in ihrer Grenzexistenz gegenüber Krisen und Katastrophen besonders anfällig war.“<sup>81</sup> Weiterer Effekt der Entwicklung, dass ständig steigende Teile des Einkommens für den Kauf von Agrarprodukten verwandt werden mussten, war eine stagnierende Nachfrage nach gewerblichen Gütern, so dass von der Masse der dörflichen Bevölkerung keine Wachstumsimpulse ausgehen konnten.

Die Verelendungstendenzen waren in Kurhessen schon deswegen nicht auf die Industrialisierung zurückzuführen, weil diese in Kurhessen im Vormärz noch in den Anfängen steckte. Es war vielmehr das Fehlen industrieller Erwerbsmöglichkeiten für die ständig gewachsene Bevölkerung die Ursache für Armut. Bruno Hildebrand, damals Professor der Staatswissenschaften in Marburg, lieferte eine treffende Beschreibung der Situation im Kurstaat. Seiner Auffassung nach war „die Not dort am größten, wo es keine Industrien gäbe, z. B. in seiner eigenen kurhessischen Provinz Oberhessen. Sie besitzt nichts von alledem, was gewöhnlich zu den Ursachen des Pauperismus und des Proletariats gerechnet wird. Sie kennt keine Fabriken und Fabrikarbeiter, (...) keine Gewerbefreiheit und unbeschränkte Konkurrenz der einzelnen, sondern in alter patriarchalischer Form herrscht hier neben dem Ackerbau noch der alte Handwerksbetrieb, welcher Gesellen und Lehrlinge zu Familienmitgliedern der Meister macht.“<sup>82</sup> Darüber hinaus würden viele Meister gänzlich ohne Gehilfen arbeiten und somit „eigentlich nur eine besondere Art von Tagelöhnern“<sup>83</sup> bilden. Einkommen von Tagelöhnern und Handwerkern unterschieden sich daher auch nur unwesentlich, so dass beide Gruppen in normalen Jahren gerade soviel verdienten, um sich die erforderlichen Nahrungsmittel zu beschaffen. „In teuren Jahren (erreiche) die Not eine Höhe, die in den Schilderungen der irischen Armut Epoche machen würde. (...) Die Zahl der völlig Verarmten betrug kaum weniger als ein Drittel der Bevölkerung.“<sup>84</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass all die Faktoren, die Kurhessens Armut prägten, in Josbach in besonderer Weise zusammentrafen: ein rasches Bevölkerungswachstum mit einer insbesondere stark angewachsenen dörflichen Unterschicht und damit zusammenhängend ein Anstieg des Arbeitskräftepotenzials, ein Überwiegen von zu kleinen Besitzgrößen und vollkommen unzureichenden Erwerbsmöglichkeiten, die vielen nur die Möglichkeit der Auswanderung oder zumindest einer zeitweisen auswärtigen Arbeitsaufnahme ließ. Folgt man der Einschätzung Hildebrands zur Ursache der kurhessischen Armut, so müsste die einsetzende Industrialisierung dazu geführt haben, dass sich Krisen in dieser Form nicht wiederholen würden. Tatsächlich kommt der Ernährungskrise von 1846/47 Zäsurcharakter zu. So ist das Jahr 1847 für ABEL „noch ein Notjahr ‚alter Ordnung‘ in Deutschland. Das Neue (sei nur gewesen), dass jetzt auch die Kartoffelernten noch ausblieben.“<sup>85</sup> BASS charakterisiert 1847 als das Jahr, in

81 Werner CONZE: Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: WEHLER (wie Anm. 75), S. 113.

82 Wilhelm ABEL: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland, Göttingen 1977, S. 7.

83 Ebd., S. 8.

84 Wilhelm ABEL, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, Hamburg 1966, S. 227.

85 ABEL (wie Anm. 82), S. 57.

dem Europa ein „letztes Mal von einer Ernährungskrise kontinentalen Ausmaßes erschüttert“ wurde.<sup>86</sup> Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften durch die allmählich sich entfaltende Industrialisierung, die Abschaffung von feudalen und Zunftprivilegien sowie die Einführung der Gewerbefreiheit<sup>87</sup> trugen dazu bei, dass das Notjahr 1847 das letzte diesen Ausmaßes sein sollte. Wenn auch die Industrialisierung in Kurhessen nur langsam voranschritt, waren es doch vor allem die expandierenden Regionen im Rheinland und in Westfalen, die viele hessische Arbeitskräfte anzogen, wie sich auch für Josbach aus den Volkszählungsunterlagen für 1867 gut nachweisen lässt. Das Krisenreaktionsmanagement der kurhessischen Regierung bestand im Wesentlichen aus althergebrachten Instrumenten. Die praktizierten Ausfuhrverbote für Getreide und Kartoffel waren dabei an sich Mittel einer merkantilistischen Außenhandelspolitik gewesen, deren Wirksamkeit nun bei den zwischenzeitlich eingetretenen grenzüberschreitenden Verflechtungen deutlich nachließ. Kurhessen unterschied sich dadurch von Preußen, da der Kurstaat im Gegensatz zu Preußen „noch weithin das vormarktwirtschaftliche Kriseninstrumentarium zur Anwendung“ brachte.<sup>88</sup> Wirksamer war der Verkauf verbilligten Getreides aus Staatsbeständen bzw. die Direktbewilligung von Geldmitteln an besonders betroffene Gemeinden. Althergebracht war auch das Bemühen der Regierung, für die Unterschicht Erwerbsmöglichkeiten zu beschaffen. Mehr präventiven Charakter hatten die vielfachen Aktivitäten der Regierung auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung; man konnte somit frühzeitiger auf Missstände reagieren, bevor sich Unruhepotenzial für den gesamten Kurstaat hieraus entwickeln konnte.

Die Untersuchungsergebnisse aus dem kurhessischen Kreis Kirchhain sowie aus Josbach liefern keine Hinweise auf regelrechte Hungerunruhen als Krisenreaktion. In der klassischen Phase von Subsistenzunruhen in Deutschland, die die Zeitspanne von etwa 1790 bis 1850 umfasste, war der „kollektive Nahrungsprotest die Hauptform des sozialen Protests“ gewesen.<sup>89</sup> Eine Untersuchung von Hungerrevolten des Jahres 1847, „das in dieser Hinsicht wohl protestreichste Jahr überhaupt“, kam u. a. zum Ergebnis, dass sich „zwei Drittel der etwa 200 bekannten Fälle (...) auf die ostelbischen Provinzen Preußens (konzentrieren).“<sup>90</sup> Daneben waren wohl vor allem noch Württemberg und der Raum Franken/Obermain Zentren des Protests. Zeitlich konzentrierten sich die durch Nahrungsmangel motivierten Unruhen auf die kritischen Monate April und Mai 1847, in denen Erträge aus der neuen Ernte noch nicht zur Verfügung standen und der Rest der alten Ernte zu Höchstpreisen auf dem Markt war. „Insofern kann in einem sehr pauschalen Sinn von Zusammenhängen zwischen Höchstpreisen für Nahrungsmittel und Intensität von Hungerprotest gesprochen werden. Freilich erklärt diese Feststellung wenig. Eher selten erfolgten die Unruhen exakt zum Zeitpunkt höchster Preissteigerungen. Auch regional unterschiedliche Teuerungsraten liefern keine eindeutigen Zusammenhänge.“<sup>91</sup> GAILUS hat eine Reihe von Erklärungsbausteinen für das Phänomen der

86 BASS (wie Anm. 3), S. 163.

87 ABEL (wie Anm. 82), S. 71 f.

88 GAILUS, (wie Anm. 74), S. 194.

89 GAILUS / VOLKMANN (wie Anm. 3), S. 14.

90 Ebd., S. 15.

91 GAILUS, (wie Anm. 74), S. 177.



Hungerunruhen aufgestellt.<sup>92</sup> Wichtig ist für ihn die Unterscheidung von Regionaltypen. So differenziert er zwischen

- „Gebieten mit traditioneller Agrarwirtschaft und hohem Anteil bäuerlicher Produzenten, hohe(m) Selbstversorgungsgrad, minimale(r) Marktquote;“
- so genannten Entleerungsgebieten mit „geringer Marktquote, die in Krisenzeiten jedoch durch sprunghaft vermehrte Nachfrage“ erschlossen wurden, mit dem Ergebnis einer „abrupten Leerung der lokalen Märkte“;
- verkehrsgünstigen Transitregionen;
- „Agrarexportregionen“ und
- gewerblich-industriell entwickelten „Zuflussgebieten, die traditionell auf Nahrungszufuhr angewiesen sind.“

In Entleerungs-, Transit und Agrarexportregionen kam es zur Häufung von Problemen in Krisenzeiten, was großflächigen Hungerprotest wahrscheinlich macht. Neben regionaltypischen Voraussetzungen sind es auch strukturelle Gegebenheiten, die das Phänomen von Hungerunruhen erklären helfen. Zu ihnen gehören die agrarische Besitzgrößenverteilung, die Formen der Nahrungsmittelproduktion, der Umfang der Vermarktung und der Anteil nicht agrarischer Volksschichten. Josbach ist hinsichtlich der Regionaltypen eher zwischen der ersten und zweiten Gruppe einzuordnen, was zwar Hungerproteste möglich, aber keinesfalls zwingend werden lässt. Auch strukturelle Voraussetzungen wie Besitzgrößenverteilung, Vermarktungsumfang und soziale Schichtung bargen in Josbach erhebliches Protestpotenzial. Zu solchen Protesten ist es aber ausweislich der untersuchten Aktenbestände nicht gekommen. Im Gegensatz zu einigen anderen Kreisgemeinden wurden weder Schriftstücke aus Josbach vorgefunden, mit denen sich Betroffene Hilfe suchend an die Obrigkeit wandten, noch gibt es Hinweise auf gewaltsamen Protest. Für Josbach und wohl auch den Kreis Kirchhain lässt sich damit kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Getreidepreismaxima und einer Häufung sozialer Protestbewegungen feststellen.<sup>93</sup>

Abschließend ist hier anzuführen, dass die Feststellungen zu den Hungerunruhen gut zu SEIERS Charakteristik des allgemeinen kurhessischen Protestverhaltens passen, bei dem wesentliche Impulse in der Regel von außerhalb (z. B. aus Frankfurt oder dem darmstädtischen Oberhessen) kamen. „Sie stießen jedoch im nördlichen Hessen auf eine mentale Disposition, die in besonderem Maße auf traditionell-defensive Protesthaltungen gerichtet war und zur konstruktiven Antizipation wenig taugte. Die Unterschichten in ihrer akuten Not verlangten schnelle und direkte Hilfe. Ihre Erwartungen griffen trotz spontaner Revolten (...) höchstens punktuell über den Erfahrungshorizont der vorindustriellen Gesellschaft hinaus.“<sup>94</sup>

---

92 Ebd., S. 180 ff.

93 Siehe hierzu auch VANJA, (wie Anm. 8), S. 110.

94 SEIER, in: HEINEMEYER (wie Anm. 43), S. 438.